

aus
politik
und
zeit
geschichte

beilage
zur
wochen
zeitung
das parlament

Kurt Schmücker
Harlan Cleveland
Karlheinz Koppe
Hendrik Brugmans

Zwanzig Jahre Marshallplan

B 22/67

31. Mai 1967

Kurt Schmücker, Bundesschatzminister, geb. 10. November 1919 in Lönigen, 1948 bis 1954 Landesvorsitzender der Jungen Union Oldenburg, seit 1949 Mitglied des Bundestages, 1956 Vorsitzender des Bundesarbeitskreises Mittelstand und Mitglied des Bundesvorstandes, 1957 Vorsitzender des Arbeitskreises Wirtschaftspolitik der CDU/CSU-Fraktion, 1959—1961 Vorsitzender des Wirtschaftsausschusses, 1961 stellvertretender Fraktionsvorsitzender, 1963—1966 Bundesminister für Wirtschaft.

Harlan Cleveland, Dr. of Law, Dr. of Hum. Lett., US-Botschafter bei der NATO, geb. 19. Januar 1918 in New York City.

Veröffentlichungen u. a.: The Overseas American (Mitautor), 1960; The Promise of World Tensions (Hrsg.), 1961; The Ethics of Power (Mithrsg.), 1962; Ethics and Bigness (Mithrsg.), 1962.

Karlheinz Koppe, Generalsekretär des Deutschen Rates der Europäischen Bewegung, geb. 9. Mai 1929 in Breslau.

Veröffentlichungen: Das grüne E setzt sich durch. Zwanzig Jahre Europa-Union, 1946 bis

1966, Köln 1967; zahlreiche Artikel über europäische Probleme in Fachzeitschriften.

Hendrik Bruggmans, Dr. phil., Professor für Romanistik, geb. 13. Dezember 1906 in Amsterdam, war während des Krieges Angehöriger der niederländischen Widerstandsbewegung, deshalb lange Zeit in Gestapohaft, bekleidete nach dem Kriege wichtige Regierungspositionen, war danach journalistisch tätig und spielte eine führende Rolle in der europäischen Bewegung. Auf seine Initiative geht das 1949 gegründete Europa-Kolleg in Brügge zurück, das er aufbaute und dessen Rektor er ist. Veröffentlichungen: Zahlreiche Bücher zu wissenschaftlichen und politischen Problemen, darunter vor allem zu Fragen der europäischen Einigung.

Diese Ausgabe wurde in Zusammenarbeit mit dem Kuratorium „Zwanzig Jahre Marshallplan“ erstellt. Schirmherr des Kuratoriums ist Bundespräsident Dr. h. c. Heinrich Lübke, Vorsitzender Dr. Kurt Birrenbach, MdB. Dem Kuratorium gehören Repräsentanten des öffentlichen Lebens der Bundesrepublik Deutschland an.

Herausgeber:

Bundeszentrale für politische Bildung,
53 Bonn/Rhein, Berliner Freiheit 7.

Die Vertriebsabteilung der Wochenzeitung
DAS PARLAMENT, 2 Hamburg 36, Gänsemarkt 21/23, Tel. 34 12 51, nimmt gern entgegen:

Nachforderungen der Beilage „Aus Politik und
Zeitgeschichte“;

Abonnementsbestellungen der Wochenzeitung
DAS PARLAMENT einschließlich Beilage zum
Preise von DM 2,— monatlich bei Postzustellung;

Bestellungen von Sammelmappen für die Beilage
zum Preise von DM 5,50 zuzüglich Verpackungs- und
Portokosten.

Die Veröffentlichungen in der Beilage „Aus
Politik und Zeitgeschichte“ stellen keine Meinungsäußerung
der herausgebenden Stelle dar; sie dienen lediglich der
Unterrichtung und Urteilsbildung.

Hilfe für Deutschland

Stunde der Not

„Damals“, das bedeutet 1947. Wer weiß noch genau, wie es „damals“ bei uns aussah?

Fast alle Städte und viele Dörfer waren zerstört, ganze Landstriche verheert. Ein großer Teil der Bevölkerung, unter ihnen zehn Millionen Flüchtlinge, hauste zusammengepfercht in Notquartieren. Die meisten Familien waren zerrissen — die Männer waren in Kriegsgefangenschaft in Ost und West. Das Schicksal unendlich vieler Landsleute war überhaupt unbekannt. Die spärlich fahrenden Züge waren unzulänglich und überfüllt. Auf Dächern und Trittbrettern suchten die Menschen an ihr Ziel zu kommen. Die meisten von ihnen waren unterwegs, um Angehörige zu suchen oder um die notdürftigste Nahrung, Kleidung oder Heizung auf mühsame Weise zusammenzutragen. Über Deutschland war die furchtbarste Katastrophe seiner Geschichte hereingebrochen. Das Land war geteilt. Die Sieger richteten sich ein, ihr Faustpfand nie wieder freizugeben.

Auf der Konferenz von Quebec im Jahre 1943 legte der amerikanische Finanzminister Morgenthau einen Plan vor, Deutschland als Industriestaat für alle Zeiten auszulöschen; es sollte sich mit dem Wiederaufbau einer bescheidenen Verbrauchsgüterindustrie und der Landwirtschaft begnügen. Wer in Deutschland nicht mehr leben könne, der solle auswandern. Nicht alle Angelsachsen dachten so wie Morgenthau. Amerikaner und Briten hatten gleich nach dem Kriege in Erfüllung der Bestimmungen der „Haager Landkriegskonvention zur Verhinderung von Unruhen und Seuchen“ Nahrungsmittel, Saatgut, Düngemittel, Medikamente und Treibstoff nach Frankreich, Deutschland und Italien geliefert. Diese Hilfe, die im Rahmen des sogenannten „GARIOA-Programms“ (Government and Relief in Occupied Areas) erfolgte, deckte zunächst einen Teil des dringendsten Bedarfs. Sie belief sich schließlich für das Gebiet der heutigen Bundesrepublik auf 2 Mrd. Dollar. Nicht zu vergessen ist auch die Care-Aktion, die — als eine Verwirklichung christlicher Nächstenliebe durch die amerikanische Bevölkerung — vielen Tausenden von Deutschen half zu überleben.

Die amerikanische Regierung mußte jedoch zu dieser Zeit erkennen, daß ihr Vertrauen in

eine maßvolle Haltung der UdSSR nicht gerechtfertigt war. Nicht nur in Asien und Kleinasien, sondern auch in der Tschechoslowakei und in Griechenland mußte sie feststellen, daß versucht wurde, Unruhe in die Völker zu bringen, um sie für ein kommunistisches Regime reif zu machen. Deshalb sah sich der amerikanische Präsident Truman veranlaßt, am 12. März 1947 zu verkünden, daß die USA bereit seien, allen Ländern, die mit bewaffneten Minderheiten von innen und kommunistischem Druck von außen Schwierigkeiten hätten, wirtschaftliche Hilfe zu gewähren. Diese Erklärung wurde später als sogenannte Tru-

INHALT

Harlan Cleveland:

Der Marshallplan damals und heute .. S. 9

Karlheinz Koppe:

Amerikanische Wirtschaftshilfe für Europa S. 14

Hendrik Brugmans:

George Catlett Marshall — Mensch und Werk S. 17

Rede George C. Marshalls vom 5. Juni 1947 S. 23

man-Doktrin bezeichnet. Als erste Länder erhielten Griechenland und die Türkei eine beachtliche Wirtschaftshilfe: 400 Mio Dollar.

Was aber sollte mit Deutschland geschehen? Die GARIOA-Lieferungen ließen zwar eine Linderung der ärgsten Not, aber noch keine Ansatzpunkte für einen Wiederaufbau erkennen. Auf Grund der Potsdamer Beschlüsse wurde jeglicher Wiederaufbau durch Demontagen im ganzen Gebiet des ehemaligen Deutschen Reiches verhindert.

Schon im September 1946 hatte der damalige amerikanische Außenminister Byrnes in einer Rede in Stuttgart zum ersten Male die Deutschen wieder als Partner angesprochen und Hoffnungen erweckt, daß es vielleicht auch für Deutschland wieder bessere Zeiten geben werde.

Wende durch eine Rede

Dann kam der 5. Juni 1947. An diesem Tage hielt der Außenminister der USA, George C. Marshall, ehemaliger General und Oberbefehlshaber der amerikanischen Armee, vor der Harvard Universität in Cambridge in Massachusetts eine Rede, in der er ein umfassendes Hilfsprogramm für ganz Europa verkündete. In Amerika und in ganz Europa galt diese Rede als eine Wende. In Amerika wurde eine eigene Kampagne gestartet, um den Gedanken, daß Amerika mit großen Zahlungen und Hilfssendungen für andere Länder eintreten müsse, erst einmal populär zu machen und im Kongreß eine Mehrheit für die Bewilligung entsprechender Mittel zu gewinnen. In Europa selbst hatte insbesondere der Appell zur Zusammenarbeit und Selbsthilfe lebhaften Widerhall gefunden. Die europäischen Länder handelten schnell.

Schon am 13. Juni 1947 kamen der französische Außenminister Bidault und sein britischer Kollege Bevin zusammen. Am 23. Juni wurde der russische Außenminister Molotow dazu geladen, der dann auch zu einer Konferenz am 27. Juni 1947 in Paris erschien. Er war anscheinend sehr erfreut und meinte dann zunächst auch, die angesetzten Summen — man hatte gleich von etwa 16 Mrd. Dollar gesprochen — seien zu gering. Als aber dann ein Leitausschuß vorgeschlagen wurde, der die Verhältnisse in den einzelnen Ländern untersuchen sollte, bekam er Bedenken, daß man in die inneren Verhältnisse Rußlands hineinreden könnte, und fuhr deshalb nach vier Tagen wie-

der ab. Anschließend verkündete er dann, daß die kommunistische Welt allein einen entsprechenden Hilfsplan aufstellen werde; am 12. Juli schloß er mit den Satellitenstaaten einen Vertrag, den sogenannten „Molotowplan“, ab, woraus später der „Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe“ (Comecon) hervorgegangen ist.

Am gleichen Tage kamen die Vertreter von 16 europäischen Staaten in Paris zusammen und beschlossen die Einsetzung eines „Ausschusses für Europäische Wirtschaftliche Zusammenarbeit“ in Paris (Committee of European Economic Cooperation). Dieses Komitee, in dem maßgeblich der spätere Generalsekretär der OEEC, Marjolin, tätig war, arbeitete Tag und Nacht mit außerordentlichem Schwung und Idealismus und entwarf ein gemeinsames europäisches Wiederaufbauprogramm, das schon im September 1947 vorgelegt werden konnte. Dieses Programm fand seinen Niederschlag in dem amerikanischen Gesetz über wirtschaftliche Zusammenarbeit — „Economic Cooperation Act of 1948“ (ECA), das am 3. April 1948 mit überwältigender Mehrheit beider Parteien verabschiedet wurde.

Es gliedert sich in vier Titel:

- den eigentlichen Marshallplan
- die Hilfe für die notleidenden Kinder in der Welt
- die Hilfen für Griechenland und die Türkei und
- die Chinahilfe.

Hilfe zur Selbsthilfe

Das Entscheidende des amerikanischen Vorschlags war, daß eine europäische Organisation die Führung in die Hand nehmen sollte, weil die europäische Erholung nach amerikanischer Auffassung primär eine europäische Aufgabe war. Die Europäer haben die Situation begriffen. Zunächst war man sich natürlich noch nicht klar, wie diese europäische Organisation aussehen sollte. Die Franzosen wollten etwas ganz Neues mit einer eigenen Autorität herstellen. Die Engländer dagegen wünschten die Organisation als ständige Konferenz. Die englische Ansicht setzte sich durch. Der Schwung, der damals das Rad der Geschichte bewegte, war verheißungsvoll. Er hat allerdings nicht ganz ausgereicht, um es in Richtung auf die Vereinigten Staaten von Europa zum Ziele zu bringen. Die Aufge-

schlossenheit der Völker und der führenden Staatsmänner war damals vorhanden. Die Organisation, welche dann zustande kam und die Hilfspläne aufstellen sollte, hieß: Organisation for European Economic Cooperation (OEEC), in Deutschland der „Europäische Wirtschaftsrat“. Die Konvention der OEEC datiert vom 16. April 1948.

Dieser „Europäische Wirtschaftsrat“ stellte eine ständige Regierungskonferenz dar, die auf Grund des umfassendsten multilateralen Wirtschaftsabkommens, das bisher von souveränen Regierungen abgeschlossen wurde, entstanden ist. In der Konvention, die für Deutschland zunächst von den drei Militärgouverneuren unterzeichnet wurde, in deren Rechte und Pflichten nach der Gründung der Bundesrepublik die deutsche Regierung am

15. Dezember 1948 selbst eintrat, haben sich die einzelnen Mächte gemeinsame wirtschaftspolitische Ziele gesetzt. Diese Ziele waren:

- die allgemeine Förderung der Produktion
- die Steigerung des zwischenstaatlichen Handels durch Beseitigung von Beschränkungen des Handels- und Zahlungsverkehrs sowie
- die Herbeiführung und Aufrechterhaltung der Vollbeschäftigung bei gleichzeitiger Sicherung interner finanzieller Stabilität.

Die Signatarmächte brachten auch ihre Überzeugung zum Ausdruck, daß eine wirtschaftliche Erholung Europas nur im Rahmen einer engen und dauernden wirtschaftlichen Zusammenarbeit möglich sei, da infolge der wirtschaftlichen Verflechtung der Länder untereinander Glück und Gedeihen eines jeden einzelnen von ihnen von der Entwicklung der Gesamtheit abhängt.

Es würde zu weit führen, hier über die Funktion der OEEC im einzelnen zu berichten. Eines aber verdient festgehalten zu werden: Der Generalsekretär und seine Mitarbeiter sowie die von den einzelnen Regierungen akkreditierten Missionen hatten die feste Überzeugung, daß es sich um ein zukünftiges gesamteuropäisches Lenkungs- und Verwaltungsorgan handele. In der ersten Zeit kamen die zuständigen Minister der beteiligten Länder — es waren alle westeuropäischen Länder mit Ausnahme von Spanien beteiligt, das aber schon bald einen ständigen Beobachter

entsandte — alle zwei Monate zusammen. Für die Bundesrepublik war es der damalige Bundesminister für den Marshallplan und Stellvertreter des Bundeskanzlers, Dr. h. c. Franz Blücher. Die Ratspräsidenten waren zunächst die belgischen Außenminister Spaak und van Zeeland, dann der holländische Außenminister Stikker und nach diesem der britische Außenminister Eden. Die Organisation arbeitete mit einer kleinen Anzahl von sogenannten Horizontal-Ausschüssen, die überwiegend wirtschaftspolitische Aufgaben hatten, und mit vielen sogenannten Vertikalausschüssen, die mehr fachlich ausgerichtet waren. In diesen Ausschüssen kamen nicht nur Regierungsbeamte, sondern auch Fachleute aus der Wirtschaft zusammen. Die psychologischen Folgen dieser ständigen Begegnungen einer großen Zahl der führenden Persönlichkeiten in Paris muß für die damalige Zeit sehr hoch gewertet werden. Wie groß damals das Bestreben war, für Europa zu arbeiten, geht aus einer Bemerkung des später tödlich verunglückten Generalsekretärs der UNO, Dag Hammarskjöld, hervor, der am 3. Dezember 1952 in Bonn erklärte:

„Bei einer kleinen Gruppe der Menschen, die im OEEC-Sekretariat arbeiteten, schien es mir, daß sie weniger daran interessiert waren, von Amerika Hilfe zu bekommen, als daran, daß die europäische Einigung fortschreiten sollte.“

Franz Figgers, der spätere Generalsekretär der EFTA, hat damals festgestellt: „Es ist bemerkenswert, wie sehr die einzelnen Delegierten denationalisiert worden sind.“

Jeder Amerikaner gab achtzig Dollar

Die amerikanische Hilfe war bedeutend. In den vier Jahren des Marshallplans von 1948 bis 1952 wurden den europäischen Ländern 14,7 Milliarden Dollar zur Verfügung gestellt, davon erhielten:

Großbritannien	3,6 Mrd. Dollar
Frankreich	3,1 Mrd. Dollar
Italien	1,6 Mrd. Dollar
Deutschland	1,5 Mrd. Dollar
Niederlande	1,0 Mrd. Dollar
Osterreich	0,7 Mrd. Dollar
Griechenland	0,8 Mrd. Dollar
Belgien/Luxemburg	0,6 Mrd. Dollar
Verschiedene	1,8 Mrd. Dollar

Amerika hat damit den 18 im Marshallplan zusammengeschlossenen europäischen Nationen einen Betrag zur Verfügung gestellt, der die finanzielle Leistung von 80 Dollar pro Kopf der amerikanischen Bevölkerung ausmacht.

Die Bedeutung der Marshallplanhilfe läßt sich u. a. daraus erkennen, daß die Vereinigten Staaten mit der ERP-Hilfe für das Jahr 1948/1949 in Höhe von rd. 4,7 Mrd. Dollar auf etwa 2,1 Prozent ihres Volkseinkommens (ungefähr ein Siebtel der normalen Sparquote) verzichteten. Jeder Amerikaner, ob Mann, Frau oder Kind, zahlte im Haushaltsjahr 1948/49 durchschnittlich 33,33 Dollar für die Marshallplanhilfe.

Bei den Empfängerländern entspricht die Dollarhilfe für das Jahr 1948/49 im Gesamtdurchschnitt rd. 4 Prozent des Volkseinkommens. Die einzelnen Länder wiesen hierbei beträchtliche Unterschiede auf. Einen besonders hohen Anteil erreichte die Hilfe für Griechenland und Österreich mit 14 Prozent sowie für die Nie-

derlande mit 10,8 Prozent des Volkseinkommens dieser Länder.

Als der Marshallplan auslief, hatte sich die Industrieproduktion Westeuropas seit 1947 um 64 Prozent gesteigert und um 41 Prozent über das Niveau der Vorkriegszeit erhöht.

Das ERP-Sondervermögen

Diese Marshallplanhilfe wurde den einzelnen Ländern teilweise ganz geschenkt, teilweise unter bestimmten Auflagen und teilweise als Kredit gegeben. Die USA schickten Güter aller Art, die von den Beziehern in der Landeswährung bezahlt werden sollten. Man sprach von Gegenwerten. In der Bundesrepublik hatten die Bezieher diese Beträge an die damals eigens gegründete „Kreditanstalt für Wiederaufbau“ einzuzahlen. Daraus wurde ein Sondervermögen gebildet, aus dem dann wieder an die deutsche Wirtschaft Deutsche-Mark-Kredite gegeben wurden. Es handelte sich deshalb sowohl um eine Warenhilfe als auch um eine Kapitalhilfe. Erste rechtliche Grundlage erhielt das so entstandene Sondervermögen, das den Namen „ERP-Sondervermögen“ erhielt (European Recovery Program), durch das „Gesetz vom 31. Januar 1950 betreffend das Abkommen über wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika und der Bundesrepublik Deutschland vom 15. Dezember 1949“. Dieses Gesetz, mit dem das vorerwähnte Abkommen innerdeutsches Recht wurde, legte in Art. 3 fest, daß die im Zusammenhang mit dem Abkommen entstandenen und noch entstehenden Vermögenswerte ein Sondervermögen des Bundes bilden. Da das Gesetz mit dem Tag nach der Verkündung (31. Januar 1950) in Kraft getreten ist, muß als Geburtstag des ERP-Sondervermögens der 1. Februar 1950 gelten.

Die Bundesrepublik hat die Wirtschaftshilfe der Vereinigten Staaten von Amerika im Vergleich zu den übrigen europäischen Ländern mit dem größten wirtschaftlichen Effekt verwendet. Sie hat das aus den Gegenwerten der Wirtschaftshilfe gebildete Sondervermögen durch revolvierenden Einsatz nicht nur erhalten, sondern sogar noch vermehrt. Damit wurde ein für die wirtschaftliche Entwicklung in der Bundesrepublik bedeutsames kreditpolitisches Instrument geschaffen. In den übrigen europäischen Ländern ist die amerikanische Wirtschaftshilfe im wesentlichen längst aufgezehrt worden; zum Teil wurden die Mittel für die Deckung von Haushaltsdefiziten verwendet.

Mit dem ERP-Sondervermögen stand nach der Währungsreform eine wichtige Kapitalquelle für den Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft zur Verfügung. Es hat mit seinen Finanzierungsprogrammen einen wesentlichen Beitrag zum wirtschaftlichen Wiederaufbau in der Bundesrepublik geleistet. An der Finanzierungshilfe des ERP-Sondervermögens haben seit Anlaufen der ersten Förderungsmaßnahmen nahezu alle Wirtschaftsbereiche teilgenommen. In den ersten Jahren des Wiederaufbaues galt es zunächst, durch Wiederherstellung und Ausweitung der Produktionsanlagen in den wichtigsten Grundstoff- und Investitionsgüterindustrien die materiellen Grundlagen für eine wirtschaftliche Gesundung zu schaffen. Die Förderungsmaßnahmen des ERP-Sondervermögens richteten sich daher während dieser Zeitspanne im wesentlichen auf die Verbesserung der Kreditversorgung dieser beiden großen Wirtschaftsbereiche. Ohne Zweifel haben die Finanzierungshilfen des ERP-Sondervermögens damit die Grundvoraussetzungen für die spätere wirtschaftliche Expansion geschaffen und darüber hinaus die allgemeine Investitionsentwicklung beschleunigt.

Daneben hingen Ausmaß und Tempo der wirtschaftlichen Erholung in der Bundesrepublik in entscheidendem Maße von dem Auf- und Ausbau im Energiesektor und der Anlagen der Verkehrswirtschaft ab. Beide Bereiche erhielten daher in der Wiederaufbauperiode in erheblichem Ausmaß Finanzierungshilfen aus Mitteln des ERP-Sondervermögens.

In den auf den eigentlichen wirtschaftlichen Wiederaufbau folgenden Jahren — nachdem also die Engpässe im Grundstoffbereich, in der Elektrizitätswirtschaft und in der Verkehrswirtschaft erweitert worden waren und sich die Initialzündung in der Investitionsgüterindustrie bereits erfolgreich ausgewirkt hatte — erfuhren die Förderungsmaßnahmen des ERP-Sondervermögens eine Schwerpunktverlagerung. Neben der Landwirtschaft, der Fisch-

wirtschaft und der Wasserwirtschaft wurden in verstärktem Umfang die exportintensive Industrie und Gewerbezweige mit klein- und mittelbetrieblicher Struktur finanziert. Das Mittelstandsprogramm einschließlich der Maßnahmen zugunsten der Vertriebenen, Flüchtlinge und Kriegssachgeschädigten bildete nunmehr einen wichtigen Schwerpunkt des ERP-Programms.

Dazu kamen in den letzten Jahren neue Strukturmaßnahmen, zu denen u. a. die Finanzierung des Auf- und Ausbaus sowie Rationalisierung- und Modernisierungsmaßnahmen mittelständischer Betriebe zur Verbesserung der Wirtschaftsstruktur in den Fördergebieten (Zonenrandgebiet, Bundesausbaugebiete, Bundesausbauorte, ländliche schwachstrukturierte Gebiete) und die Finanzierung von Umstellungsmaßnahmen aus Anlaß von Veränderungen im internationalen Wettbewerb gehören.

Das ERP-Sondervermögen, das sich am 31. Dezember 1965 auf rd. 8,610 Mrd. DM beläuft, kreist in den Adern der deutschen Wirtschaft in Form von Krediten. Durch die revolvingierende Verwendung der Mittel des ERP-Sondervermögens zur Wirtschaft und von dort wieder zurück in das ERP-Sondervermögen ist die Summe der insgesamt seit 1949 von der Bundesregierung in die deutsche Wirtschaft geschleusten Kredite erheblich höher als das ERP-Sondervermögen selbst.

Mit dem Ablauf des Rechnungsjahres 1966 überstiegen die bisher aus Mitteln des ERP-Sondervermögens durchgeführten Finanzierungsprogramme den Betrag von 20,5 Mrd. DM. Von diesen Finanzierungshilfen entfallen auf die Förderung der westdeutschen Wirtschaft rd. 12,2 Mrd. DM, auf die Berlinhilfe rd. 6,3 Mrd. DM und auf die einzelnen Maßnahmen der Entwicklungshilfe rd. 2,0 Mrd. DM.

Liberalisierung des Handels mit Hilfe der EZU

Die Berliner Wirtschaft ist damit in einem besonderen Maße im Rahmen der ERP-Finanzierungsprogramme berücksichtigt worden, was zu einer wesentlichen Steigerung der Wirtschaftskraft Berlins und zur Sicherung der Arbeitsplätze beigetragen hat. Ebenso wichtig wie die materielle amerikanische Hilfe waren die erfolgreichen Bemühungen der OEEC, die Handelshemmnisse zwischen den einzelnen europäischen Ländern, die insbesondere aus Warenkontingentierungen bestanden, zu beseitigen. Man bezeichnete dies als Liberalisierung des Handels. Zu einer echten Liberalisierung des Handels war aber insbesondere notwendig, die Grundlagen für einen ungehinderten internationalen Zahlungsverkehr zu schaffen. In der Nachkriegszeit war zunächst der gesamte Zahlungsverkehr mit Hilfe bilateraler Verrechnungsabkommen abgerechnet worden. Im Rahmen der OEEC wurden zunächst inner-europäische Zahlungsabkommen abgeschlossen, die den Ausgleich von Überschüssen und Defiziten im Dreiecksverkehr gestatteten. Dies war aber nur ein Notbehelf. Im Juli 1950 gelang es, die Europäische Zahlungsunion (EZU) zu schaffen. Dies war ein Zahlungs- und Kreditsystem zur Förderung eines multilateralen Güter- und Dienstleistungsaustausches bei weitestgehender Liberalisierung auf der Basis einer Nichtdiskriminierung. Dieses neue Zahlungssystem beseitigte alle damals noch bestehenden Unterschiede zwischen Hart- und Weichwährungen innerhalb Europas und gestattete es, Überschüsse gegenüber dem einen

Mitgliedsland mit einem anderen Mitgliedsland zu verrechnen sowie Defizite in einer Periode mit Überschüssen aus der vorhergehenden oder nachfolgenden Periode zu kompensieren. Jedes Teilnehmerland der Europäischen Zahlungsunion hatte damals nur eine einzige Zahlungsbilanz gegenüber der Gesamtheit seiner EZU-Partner und brauchte nicht mehr seine bilaterale Handels- und Zahlungsentwicklung gegenüber den einzelnen Mitgliedern zur Richtschnur seiner Handelspolitik zu machen. Daneben ermöglichte der in die EZU eingebaute Kreditmechanismus mittels der sogenannten Quoten das Auffangen kurzfristiger Zahlungsbilanzschwankungen und ersetzte damit zum Teil fehlende Devisenreserven.

Es würde zu weit führen, hier den Mechanismus mit seinen Quoten und seinen Goldzahlungen, die alle durch amerikanische Kredite ermöglicht waren, zu erläutern. Wir dürfen aber feststellen, daß dieses System dem freien Waren- und Zahlungsverkehr einen ungeheuren Auftrieb gegeben hat. Schon nach kurzer Zeit wurden mehr als 50 Prozent des gesamten Welthandels über die Europäische Zahlungsunion abgewickelt. Es ist bekannt, welchen erheblichen Aufschwung der Außenhandel der Bundesrepublik genommen hat. Der Einfuhrbedarf, der sich auf Grund des vorbeschriebenen Zahlungssystems nun befriedigen ließ, führte aber dazu, daß schon im Jahre 1951 das Außenhandelsdefizit solche Ausmaße annahm, daß die Bundesrepublik in Zahlungsschwierigkeiten geriet. Damals zeigte sich die große

Solidarität der OEEC-Länder, denn unsere Partner waren damit einverstanden, daß Deutschland einseitig die Liberalisierung weitgehend wieder aufhob, während die anderen Länder die deutsche Einfuhr frei hereinließen.

Es ist mir ein Bedürfnis, an dieser Stelle unseren Nachbarländern für die uns damals zuteil gewordene großartige Hilfe zu danken und meine Landsleute an diese Haltung zu erinnern.

Eindrucksvolles Werk der Zusammenarbeit

Damals aber mußten alle erkennen, daß auftauchende wirtschaftliche Probleme in Europa, wenn guter Wille und der Geist der Verständigung vorhanden waren, sich sehr bald lösen ließen. Der erste Administrator des Marshallplans, Paul G. Hoffman, hatte schon im Oktober 1949 die Bildung eines großen Marktes in Europa, der 270 Millionen Menschen umfassen würde, empfohlen. Wir stehen inzwischen in der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft vor der Schaffung eines gemeinsamen Marktes, aber wir sollten uns daran erinnern, daß wir seinerzeit in Paris unter einem anderen Gesetz angetreten sind. Der EWG-Präsident Hallstein hat noch im September vorigen Jahres in Straßburg gesagt, daß es zwar keine Ersatzlösung für die EWG gebe, daß aber die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft unvollständig bleiben muß, solange sie nicht auf andere europäische Länder erweitert wird. Der europäische Kontinent ist eine Einheit — diese Einheit so gut wie möglich zu organisieren, das ist unsere Aufgabe.

Ich weiß, daß, wenn heute von Europa die Rede ist, wir gerne an ein Europa vom Atlantik bis zum Ural denken. Es geht bei Europa sicherlich im letzten um das ganze Europa, aber vergessen wir auch nicht, daß unsere freiheitliche Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung innerlich und äußerlich durch den Kommunismus bedroht war und daß auch heute keineswegs die Gefahren gebannt sind. Wenn heute die Gefahr für unsere freiheitliche Ordnung nicht mehr so offenkundig ist wie zu der Zeit, als der Marshallplan ins Leben gerufen wurde, so sollten wir gleichwohl die latente Gefahr des Kommunismus nicht übersehen. Es gibt zu viele Beispiele in der Geschichte, daß nach scheinbarer Beendigung der Auseinandersetzungen die nur scheinbar abgewendete Gefahr wieder auftauchte, eben weil man sie nicht ernst nahm. Der Kommunismus kann uns nicht

überwinden. Die einzige Chance für ihn liegt nicht in seiner Kraft, sondern in einer möglichen Ermüdung der freien Welt. Dabei sind es nicht allein die „leeren Mägen“, sondern mehr noch die „leeren Seelen“ (wie Professor Röpke einmal sagte), die uns die nur stiller gewordenen, aber gleichwohl noch vorhandenen Gefahren des Kommunismus übersehen lassen.

Das Europäische Wiederaufbauprogramm ist ein eindrucksvolles Werk der Zusammenarbeit von 150 Millionen Amerikanern und 270 Millionen Europäern. „Nach furchtbaren Kriegszerstörungen und einem totalen Zusammenbruch fand das deutsche Volk aus Verzweiflung und Hoffnungslosigkeit wieder zu sich, gewann den Glauben wieder an den Sinn des Daseins, an die Kraft seines Willens, den Erfolg seines Schaffens und an die Zukunft seiner Kinder; es kehrte zurück in die Gemeinschaft der freien Völker. Eine Tat von historischer Bedeutung, geboren aus der Klugheit politischen Willens, hat in entscheidendem Maße dazu beigetragen, daß ein solcher Wiederaufstieg Wirklichkeit werden konnte: Die Entscheidung des ehemaligen Gegners des Zweiten Weltkrieges — der Vereinigten Staaten von Amerika —, die Bundesrepublik in die amerikanische Auslandshilfe einzubeziehen.“

Diese Worte des ersten ERP-Ministers Franz Blücher würdigen die geschichtliche Bedeutung des Marshallplanes für Deutschland.

Wer am 20. Jahrestag der Harvard-Rede eine Nutzenanwendung ziehen will, der sollte mithelfen, daß wir Europäer und Amerikaner heute die gleichen Kräfte finden, um die nicht minder schwierigen weltpolitischen Aufgaben von heute zu lösen. Der Dank muß auch Worte finden und sich ausdrücken, aber wichtiger bleibt die tätige Hilfe.

Der Marshallplan damals und heute

Das wichtigste, was man über den Marshallplan sagen kann, ist zugleich auch das einfachste: er hatte Erfolg. Europa erholte sich von den Zerstörungen des schlimmsten Krieges, den die Welt je gesehen hatte, und erlebte eine wirtschaftliche Wiedergeburt und das stetige Ansteigen des Lebensstandards. In diesem Sinne gehört der Marshallplan der Vergangenheit an — er ist eine leuchtend helle Seite in der Geschichte der Freundschaft und Zusammenarbeit der westlichen Länder.

Weniger auf der Hand liegend, aber noch wichtiger ist, daß die Grundgedanken, Prinzipien und Ziele des Marshallplans heute noch aktiv verwirklicht werden — in Süd- und Zentralamerika, in Südostasien und bis zu einem gewissen Grade sogar in Afrika. Denn der Marshallplan gehört zu jenen seltenen staatsmännischen Taten, die nicht nur den Bedürfnissen der Zeit entsprechen, sondern auch die zeitgenössische Geschichte in ihren wesentlichen Zügen verstärken und lenken. Das war das wahrhaft Geniale an dem „Plan“, der zum erstenmal bekannt gegeben wurde in der berühmt gewordenen Rede, die Außen-

minister George C. Marshall vor zwanzig Jahren im Juni 1947 an der Harvard Universität hielt.

Daß der Plan gerade in Harvard zum erstenmal vorgelegt wurde, war eigentlich ein Zufall. Als General Marshall im Frühjahr jenes Jahres von der deprimierenden Außenministerkonferenz in Moskau zurückkehrte, war er überzeugt, daß Europa vor dem wirtschaftlichen Zusammenbruch stehe; er fürchtete, die Zeit werde bald für die Kommunisten reif sein, ihre klassische Rolle als Ausbeuter der sozialen Unordnung zu spielen. Ursprünglich hatte er vorgehabt, irgendwo im mittleren Westen, wahrscheinlich auch im Rahmen einer Universität, darüber zu sprechen, aber als die Krise in Europa sich immer mehr zuspitzte, griff er auf eine bereits abgelehnte Einladung zurück, bei den Abschlußfeierlichkeiten in Harvard zu sprechen. Durch diese Rede vom 5. Juni 1947 und durch die rasche und begeisterte Reaktion der Außenminister von Großbritannien und Frankreich gewann der Marshallplan Gestalt.

Marshalls Grundgedanken

Welche Grundgedanken legte General Marshall bei seiner Rede in Harvard dar?

Der philosophische Kern des Marshallplans wird leicht übersehen, weil er so einfach ist und so stark in der jüdisch-christlichen Ethik wurzelt: Staaten, die in glücklicheren Verhältnissen leben, sollten Staaten, die in Not sind, helfen, vorausgesetzt, daß diese bereit sind, sich selbst zu helfen. Das kam später in der bekannten Formulierung „Selbsthilfe plus gegenseitige Hilfe“ zum Ausdruck und blieb der Leitgedanke des gesamten Europäischen Wiederaufbauprogramms. Er wurde später auch auf die weniger entwickelten Gebiete der Welt ausgedehnt durch Präsident Trumans „Punkt-Vier-Programm“ der internationalen technischen Hilfe. Auch den Auslandshilfeprogrammen, die die Vereinigten Staaten und andere hochentwickelte Länder des Westens seitdem durchgeführt haben, liegt dieser Ge-

danke zugrunde; auf ihm ist eine ganze Reihe von Behörden der Vereinten Nationen aufgebaut.

Natürlich haben sich die Völker schon lange vor dem Marshallplan einander in Notzeiten — zum Beispiel bei Naturkatastrophen — geholfen. Internationale Anleihen waren durchaus üblich — wenn es auch nicht immer üblich war, sie voll zurückzuzahlen. Sogar umfangreiche und systematische Hilfe war schon vor dem Marshallplan von der UNRRA — der internationalen Organisation zum Zweck des Wiederaufbaus und der Wiederherstellung, die in Aktion trat, noch ehe der Zweite Weltkrieg gewonnen war — gewährt worden. Aber mit dem Marshallplan wurde die gegenseitige Hilfe mit der Selbsthilfe verknüpft; das war das Neue, was zum bleibenden Bestandteil der Beziehungen der Völker geworden ist.

Sowjets schlossen sich selbst aus

Einen anderen Leitgedanken drückte General Marshall mit den Worten aus: „Unsere Politik richtet sich nicht gegen irgendein Land oder irgendeine Doktrin, sondern gegen Hunger, Armut, Verzweiflung und Chaos.“

Man kann nicht oft genug daran erinnern, daß die Tür zum Marshallplan auch für die Sowjetunion und die sowjetisch beherrschten Staaten Ost- und Mitteleuropas offenstand — und von den Sowjets zugeschlagen wurde, als sie es ablehnten, sich daran zu beteiligen. Damit wurden in jener Zeit der monolithischen Herrschaft Moskaus Polen und die Tschechoslowakei (die bereits ein zögerndes Ja gesprochen hatten) automatisch ausgeschlossen. Die Sowjets versuchten sogar unter Aufbietung großer Energie und erheblicher Geldmittel, das Europäische Wiederaufbauprogramm in Frankreich und anderen Teilnehmerländern zu sabotieren. Diese Bemühungen waren jedoch von vornherein zum Scheitern verurteilt, weil alle Marshallplan-Staaten entschlossen waren, die Zerstörungen des Krieges zu beseitigen und die Grundlagen für eine

Zwang zur Zusammenarbeit

Der dritte Leitgedanke des Marshallplans war, daß er für die beteiligten Nationen eine integrierende und einigende Kraft sein soll. Hier wird die Beziehung des Marshallplans zum Haupttrend der modernen Geschichte sichtbar. Um das klar zu erkennen, müssen wir uns die Verhältnisse in Europa im Jahre 1947 einen Augenblick ins Gedächtnis zurückrufen. Winston Churchill sagte darüber: „Was ist Europa heute? Ein Schutthaufen, ein Leichenhaus, eine Brutstätte für Haß und Pestilenz.“

Diesem rhetorischen Ausbruch Churchills lagen harte statistische Zahlen zugrunde: Zahlen über die geringe Produktion an Lebensmitteln und Kohle, über die enttäuschende Industrieproduktion und das zerrüttete Verkehrswesen, über den schleppenden internationalen Handel, über Arbeitslosigkeit, Lebensmittelknappheit, schwarze Märkte und zunehmende Tuberkuloseerkrankungen. Am schlimmsten war, daß die einzelnen Staaten nicht mehr genug Devisen hatten, um die für die materielle Gesundung nötigen Einfuhren aus Nordamerika zu bestreiten. Die Vereinigten Staaten hatten Großbritannien und Frankreich große Dollarleihen und Italien, Griechenland und der Türkei erhebliche Zuschüsse gewährt, aber sie waren bald aufgebraucht und die Gefahr

moderne dynamische Wirtschaft zu schaffen. Man fragt sich allerdings, ob die Geschichte Europas der vergangenen zwei Jahrzehnte anders verlaufen wäre, wenn die Sowjets das Angebot angenommen hätten, gemeinsam mit uns allen jenes große Werk der Zusammenarbeit zu unternehmen.

Alle spätere Erfahrung hat jedenfalls gezeigt, daß internationale Hilfsaktionen am besten funktionieren, wenn ihnen keine Ideologie zugrundeliegt; internationale Zusammenarbeit ist am erfolgreichsten auf der technischen und praktischen Ebene. Jetzt, da die kommunistisch beherrschten Staaten ihr innenpolitisches System mühsam auflockern und ihre Haltung der Geheimnistuerei und des Mißtrauens allmählich aufgeben, da sie langsam einzusehen beginnen, daß das Schicksal der Nationen im 20. Jahrhundert das gegenseitige Aufeinanderangewiesensein ist, mag vielleicht die technische Zusammenarbeit zur Lösung gemeinsamer Probleme immer noch die beste Brücke über die ideologische Kluft sein.

von „Hunger, Armut, Verzweiflung und Chaos“ blieb bestehen.

Jeder Staat versuchte mühsam, die eigenen niederdrückenden Probleme auf nationaler Ebene zu lösen. Kontrollmaßnahmen nach innen und außen wurden eingeführt, der Außenhandel wurde eingeschränkt, der Devisenaustausch Beschränkungen unterworfen und die Freizügigkeit der Menschen eingeengt. Da den Nationen Westeuropas kein anderer Weg mehr offen zu stehen schien, zogen sie sich auf sich selbst zurück und gerieten in einen Teufelskreis der Autarkie, der Not und der Verbitterung.

Außerdem hatte kein europäischer Staat Aussicht, eine moderne Wirtschaft innerhalb der eigenen Grenzen aufzubauen. Nur ein sehr viel größeres Wirtschaftsgebiet konnte auf die Dauer die Massenproduktion sicherstellen, die der Massenverbrauch und der steigende Lebensstandard ganzer Völker notwendig machten. Das wußten natürlich viele europäische Politiker und Volkswirtschaftler, aber sie fanden aus dem Labyrinth der Beschränkungen nicht mehr heraus; die selbstzerstörerische Suche nach nationalen Lösungen ließ sich nicht mehr rückgängig machen.

Das ist der Punkt, wo sich der Marshallplan am wirksamsten erwies, denn das Europäische Wiederaufbauprogramm (das wichtigste Gesetz, das der untätige republikanische Kongreß von 1948 annahm) wurde nicht ohne Auflagen erlassen. Die Hilfe wurde nur unter strengen Bedingungen gewährt: zuerst mußten die Europäer sich zusammenschließen und auf ein *europäisches* Wiederaufbauprogramm einigen, in dem alle Platz hatten und zu dem alle beitrugen. Die Vereinigten Staaten waren weder bereit, Gelder für unkoordinierte oder gar konkurrierende nationale Wiederaufbau- und Entwicklungsprogramme zu gewähren noch einseitige Verhandlungen mit einzelnen Staa-

ten zu führen oder eine Auswahl zwischen den konkurrierenden Forderungen der europäischen Länder an die Hilfe Amerikas zu treffen. Die unmittelbare Folge dieser Bedingungen war die Gründung der Organisation für Europäische Wirtschaftliche Zusammenarbeit (OEEC). Wenn die europäischen Staaten gemeinsam planen, ihren gemeinsamen Bedarf errechnen, wenn sie zu den Vereinigten Staaten mit *einer* Stimme sprechen und die zur Verfügung stehenden Mittel der Entwicklungshilfe untereinander verteilen wollten, brauchten sie — das lag auf der Hand — eine ständige internationale Organisation mit eigenen Exekutivbefugnissen.

Anstoß zur europäischen Einigung

Um ganz ehrlich zu sein, die amerikanische Bedingung wurde nicht überall begrüßt; einige europäische Regierungen glaubten, es wäre für sie günstiger, wenn sie bilaterale Verhandlungen mit Washington über eine Wiederaufbauhilfe führten. Aber es blieb ihnen im Grunde keine andere Wahl. Es ist seit Jahren meine Überzeugung, daß gerade diese Form der diplomatischen „Härte“ zu den weisesten und weittragendsten Entscheidungen gehört, die die amerikanische Regierung je getroffen hat.

Im vielschichtigen Bereich der Politik ist es immer gefährlich zu versuchen, Ursache und Wirkung von einander zu unterscheiden. Aber es ist tatsächlich so, daß die am Marshallplan beteiligten Nationen sehr rasch die „Gewohnheit der Zusammenarbeit“, wie ein britischer Delegierter es ausdrückte, lernten, eine Gewohnheit, die von einem außerordentlich tüchtigen internationalen Stab unter der hervorragenden Führung des Franzosen Robert Marjolin, eines wahrhaften Helden des europäischen Wiederaufbaus, stark gefördert wurde.

In dieser Atmosphäre wandten sich die Staaten Europas (wenn auch unter starken innenpolitischen Mühen) von der Politik der Isolierung und der Schutzzölle zu einer neuen Politik, die es sich zum Ziel gesetzt hatte, einen freieren Fluß von Material, Geld und Menschen über die Grenzen zu ermöglichen, Export und Reiseverkehr zu fördern, Energie- und Verkehrssysteme zu integrieren, Straßenschilder zu standardisieren, Grenzübergangsbestimmungen zu vereinfachen — und vieles andere mehr, was heute schon als selbstverständlich gilt.

Der Umfang der amerikanischen Hilfe — in Geld und Hilfsleistungen ausgedrückt — war

ungeheuer; so etwas war noch nie dagewesen und bedeutete geradezu eine Gefahr für den Erfolg des Wiederaufbauprogramms. Aber die Gesundung Europas war in erster Linie die Leistung der Europäer selbst, die für ihre gemeinsamen Interessen zusammenarbeiteten. Diejenigen Staaten, die sorgfältige Pläne für ihren eigenen Wiederaufbau gemacht hatten, konnten natürlich die amerikanische Hilfe am raschesten aufnehmen und am besten nutzbar machen; nirgends traf diese Hilfe auf besseren Boden als in Frankreich, wo sie sich in das französische Wiederaufbau- und Modernisierungsprogramm Jean Monnets einfügte. Paul Hoffman, der Administrator des Marshallplans in Amerika, wurde es nie müde, den Amerikanern zu erzählen, die Europäer stellten 95 Prozent der gesamten natürlichen Hilfsquellen zur Verfügung, die in das Vierjahresprogramm für Wiederaufbau und Wiederbelebung investiert worden seien.

Aus der Erfahrung der gemeinsamen Arbeit in der OEEC heraus gründeten die beteiligten Nationen die European Productivity Agency, um die Einführung leistungsfähiger, moderner Techniken in Industrie und Landwirtschaft zu fördern, sowie die Europäische Zahlungsunion (EZU), um den Ausgleich der Handelsbilanzen zu erleichtern. Ich erinnere mich noch gut an eine Sitzung eines Kongreßausschusses, bei der Paul Hoffman die Europäische Zahlungsunion vertrat. Es ging um einen fürchterlich komplizierten Plan, den der leitende Wirtschaftsfachmann des Marshallplans gerade mit erbarmungsloser Genauigkeit darlegte. Als Hoffman sah, daß die Abgeordneten allmählich glasige Augen bekamen, schaltete er sich ein. „Soweit ich das verstehe“, sagte er, „funktioniert die Zahlungsunion so:“ Seine vereinfachte Darstellung mag nicht ganz präzise ge-

wesen sein, aber sie übertrug jedenfalls die anstreckende Begeisterung Hoffmans für die Integration Westeuropas auf die inzwischen hellwach gewordenen Abgeordneten. Daraufhin wurde der Beitrag Amerikas zur Europäischen Zahlungsunion mit großer Mehrheit beschlossen.

Als die transatlantische und innereuropäische Zusammenarbeit sich in Gestalt einer raschen dynamischen Gesundung Europas bezahlt zu machen begann, arbeiteten französische Wirtschaftsplaner zusammen mit Jean Monnet einen Vorschlag für eine Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl aus. Gerade so etwas hatte der französische Außenminister Robert Schuman gesucht: einen mit technischen Fragen beginnenden ersten Schritt auf dem Wege zur politischen Einigung der Völker des westeuropäischen Kontinents.

Jean Monnet wurde damals gefragt, welche Fachleute für Kohle und Stahl von ihm und Schuman zu Rate gezogen worden seien, als der Schuman-Plan, wie er später genannt

wurde, entstand. Fachleute hätten sie überhaupt nicht gefragt, antwortete Monnet. „Fachleute hätten den Plan für undurchführbar gehalten — bis so viel politischer Elan dahinterstand, daß er unumgänglich wurde!“ Und so wurde der Schuman-Plan tatsächlich zum ersten von mehreren Schritten auf dem Wege zur Einheit: Euratom, der Vertrag von Rom und die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft. (Ein anderer Vorschlag — die Europäische Verteidigungsgemeinschaft — konnte nicht verwirklicht werden, weil die französische Regierung ihn nicht unterstützte; aber bei allen anderen erfolgreichen Schritten auf diesem Wege hat die Führung Frankreichs den Ausschlag gegeben.)

So wurden die jetzigen Institutionen der wirtschaftlichen Integration Europas — die eine gesamteuropäische Wirtschaft geschaffen haben, die den steigenden Lebensstandard der europäischen Völker zu befriedigen vermag — zur zweiten Stufe einer europäischen Entwicklung, die mit der OEEC und dem Marshallplan ihren Anfang genommen hatte.

Beispiel für die übrige Welt

Der besondere und bleibende Wert des Marshallplans liegt in seinem Grundgedanken, daß er als einigende und integrierende Kraft in Europa wirken soll; er war es, der die weitere Entwicklung erst möglich gemacht hat. Die Aufgabe, diese Kraft zum Wohle Europas zu stärken und zu lenken, liegt nun schon seit langem ausschließlich in den Händen der Europäer selbst. Der Prozeß der wirtschaftlichen Integration mit seinen unausbleiblichen politischen Folgen mag zwar von Zeit zu Zeit stottern, weil technische Schwierigkeiten auftreten oder anachronistische politische Neigungen zu einem engen Nationalismus wiederaufleben. Aber es kann kaum Zweifel darüber bestehen, daß die Entwicklung zu einer integrierten europäischen Wirtschaft den Punkt erreicht hat, an dem es kein Zurück mehr gibt: Die Integrierung kleiner nationaler Wirtschaften, die breite regionale Märkte beliefern, ist einfach zur notwendigen Folge der modernen Technik geworden. Sehnsüchtiges Zurückblicken und Nationalismus sind diesen Forderungen auf die Dauer nicht mehr gewachsen.

Die Idee des Marshallplans — daß der Wiederaufbau nur der erste Schritt zur Integration sei — hat sich auch in der übrigen Welt durchgesetzt. Diese Entwicklung in der Geschichte unserer Zeit wird, von Europa abgesehen, überall dort sichtbar, wo geographische Ge-

biete von kontinentalem Ausmaß nicht von entsprechend großen Nationen ausgefüllt werden.

Das äußerst schwierige Problem der Armut in Lateinamerika wurde zum erstenmal mit Präsident Kennedys Allianz für den Fortschritt in Angriff genommen, deren zentrale Institution die Interamerikanische Entwicklungsbank ist. „Es ist das erstmal in der Geschichte, daß eine Bank zur Finanzierung einer sozialen Revolution gegründet worden ist“, sagte ein Beamter dieser Institution. Aber die Völker der westlichen Hemisphäre hatten die Lehren der OEEC nicht ganz begriffen; sie stellten Entwicklungspläne auf nationaler Ebene auf, ohne Bezug auf eine Integrierung, und führten bilaterale Verhandlungen über Entwicklungshilfe.

Als jedoch die Allianz im August vorigen Jahres ihren fünften Jahrestag beging, waren sich die führenden Politiker der westlichen Hemisphäre inzwischen darüber einig geworden, daß das Ziel des gesamten Entwicklungsstrebens Lateinamerikas die wirtschaftliche Integration sein müsse. Die Interamerikanische Entwicklungsbank hat einen Sonderfonds für die wirtschaftliche Integration, und eine lateinamerikanische wirtschaftliche Integration, eine lateinamerikanischer Gemeinsamer Markt sind im Entstehen begriffen; eine Art OEEC, die CIAP

heißt, untersucht in der gleichen Weise, wie die OEEC es so erfolgreich getan hat, auf multilateraler Basis die Entwicklungsprogramme aller lateinamerikanischen Staaten. Die Analogie zu den Erfahrungen in Europa ist ganz bewußt: die Denkschrift, die zur Gründung der CIAP führte, sprach von der Notwendigkeit einer „Gewohnheit der Verständigung.“

In Südostasien sind ermutigende Schritte zu einer regionalen Zusammenfassung der Wirtschaft von dem Krieg in Vietnam überschattet worden. Der Anstoß zu einer multinationalen Zusammenarbeit ist von der Wirtschaftskommission für Asien und den Fernen Osten der Vereinten Nationen ausgegangen, die die Planung für das Projekt im unteren Mekong-Delta koordiniert. Es handelt sich dabei um ein gewaltiges Entwicklungsprojekt im Mekongtal, das zur regionalen Zusammenfassung der Wirtschaften von Thailand, Kambodscha, Laos und der Republik Vietnam wesentlich beitragen würde. Trotz Krieg und den gegenwärtigen Unruhen haben über 20 Nationen und ein Dutzend Behörden der Vereinten Nationen in gemeinsamer Arbeit einen ersten Überblick geschaffen, und einige Projekte sind bereits in Angriff genommen worden. Präsident Johnson

hat sich verpflichtet, für das Mekong-Projekt sowie für einige andere asiatische Gemeinschaftsprogramme eine Milliarde Dollar beizusteuern sowie sie Gestalt annehmen und von den Asiaten in eigener Verantwortung vorangetrieben werden.

Inzwischen sind auch der Asiatische Rat für industrielle Entwicklung und die Asiatische Entwicklungsbank gegründet worden; beide werden sich um eine wirtschaftliche Integration besonders in der Industrie, in der Energiewirtschaft und im Verkehrswesen bemühen.

Zentralafrika dürfte heute das am stärksten „balkanisierte“ Gebiet der Welt sein; der enge Nationalismus leistete zwar gute Dienste, als es darum ging, die Kolonialmächte hinauszudrängen, scheint aber der Verwaltung und der Wirtschaft nicht viel zu nützen, wenn es gilt, den Bedürfnissen der afrikanischen Völker gerecht zu werden. Aber unter der umsichtigen Führung der Wirtschaftskommission für Afrika der Vereinten Nationen bemühen sich die neuen Nationalisten bereits um eine regionale Entwicklungsgrundlage — die Forderungen der Technik kennen keine „Farbenschranke“.

Fortschritt hängt von der eigenen Tatkraft ab

Die Probleme der wirtschaftlichen Entwicklung in Lateinamerika, Südostasien und Afrika unterscheiden sich natürlich sehr stark von den Wiederaufbauproblemen, die in Europa vor zwei Jahrzehnten mit einem Vierjahresprogramm mit Erfolg in Angriff genommen wurden; sie müssen in sehr viel größeren Zeiträumen rechnen und haben mit ungleich schwierigeren Bedingungen zu kämpfen. Aber auf jedem Kontinent wird die Erfahrung gemacht, daß der Fortschritt von der Tatkraft der Länder selbst, die die Hilfe von außen zu nutzen verstehen, sowie von der Entwicklung einer großräumigen, über nationale Grenzen hinweggehenden Wirtschaft abhängt.

Weil einige Amerikaner im Jahre 1947 Phantasie besaßen und einzusetzen bereit waren, weil die Europäer eine kraftvolle Initiative entwickelten und weil weitblickende europäische Staatsmänner begriffen, daß nationale Grenzen für den wirtschaftlichen Aufschwung ein Hindernis sind, gibt es in Westeuropa heute weder Hunger noch Armut, weder Ver-zweiflung noch Chaos. Wenn wir an die Zukunft Europas denken, sollten wir uns die Gründe vor Augen halten, die die Entwicklung der ersten zwanzig Jahre nach dem Kriege bestimmt haben.

Amerikanische Wirtschaftshilfe für Europa

Die Wirtschaftshilfe der Vereinigten Staaten von Amerika ist eine der großen Leistungen der freien Welt, die um so höher anzusetzen ist, als sie von der amerikanischen Öffentlichkeit nicht nur gebilligt, sondern gefordert und durch zahlreiche private Initiativen wirksam ergänzt wurde.

Die Notwendigkeit gezielter Wirtschaftshilfe hatte sich bereits während des Krieges gezeigt, als die USA ihre Verbündeten mit Pacht- und Leihhilfen unterstützten. Im Gefolge der amerikanischen Truppen wurde dann der Bevölkerung — ganz gleich ob es sich um befreite oder besiegte Länder handelte — großzügig geholfen. Das Sonderprogramm der Vereinten Nationen für Flüchtlinge (UNRRA — United Nations Relief and Rehabilitation Administration) wurde fast ausschließlich mit amerikanischen Mitteln finanziert. Der deutschen und österreichischen Bevölkerung kam noch vor Ende der Kriegshandlungen die Hilfe der amerikanischen Armee zugute, die später unter der Bezeichnung GARIOA-Hilfe (Government and Relief in Occupied Areas) weitergeführt wurde und entscheidend zur Linderung der größten Not, vor allem des Hungers im Winter 1945/46 beigetragen hat.

Nach amerikanischen Angaben haben die USA von 1942 bis 1946 einschließlich der erwähnten Pacht- und Leihlieferungen 45,9 Mrd. Dollar an Auslandshilfe bereitgestellt. Davon entfielen auf Westeuropa (und darunter wieder in erster Linie auf Großbritannien) 26,6 Mrd. Dollar. Von 1946 bis 1966 wurden weitere 87 Mrd. Dollar Wirtschaftshilfe in aller Welt (davon Westeuropa 31 Mrd. Dollar) geleistet und zusätzlich 36 Mrd. Dollar Militärhilfe. Rund 70 Prozent dieser Hilfeleistungen nach 1946 wurden als nichtrückzahlbare Darlehen, also praktisch geschenkwiese gewährt.

Im Rahmen dieser Hilfeleistungen kommt dem Marshallplan eine besondere Bedeutung zu, und zwar weniger von der Größenordnung her als vielmehr von der Methode der Kreditgewährung und dem damit erzielten Erfolg. Dieser Erfolg gründet sich im wesentlichen auf zwei Faktoren: Zum einen wurde die Hilfe nicht zur Grundlegung neuer Wirtschaften (wie heute in Entwicklungsländern), sondern zum Wiederaufbau kriegszerstörter Industrien traditionell leistungsfähiger Wirtschaften zur Verfügung gestellt, zum anderen wurden die

beteiligten europäischen Regierungen verpflichtet, ein gemeinsames Programm aufzustellen und damit Doppelarbeit und unnütze Konkurrenz zu vermeiden. Für den Erfolg spricht, daß schätzungsweise die Marshallplan-Kredite Anlageinvestitionen im Werte des sechsfachen Betrages der investierten amerikanischen Mittel bewirkten.

Ausgang des Marshallplans war die am 12. März 1947 von Präsident Truman verkündete Doktrin, derzufolge sich die Vereinigten Staaten verpflichtet fühlten, jedem in seiner Freiheit bedrohten Land Beistand zu leisten. Am 5. Juni kündigte dann Außenminister George C. Marshall die Wiederaufbau-Hilfe für das kriegszerstörte Europa an, die anfangs 22 europäischen Regierungen einschließlich der sowjetischen Regierung angeboten wurde. Unter dem Druck Moskaus mußten jedoch die osteuropäischen Staaten das Hilfsangebot ablehnen.

Am 12. Juni trat in Paris eine Konferenz von 16 europäischen Regierungen zusammen (Belgien, Dänemark, Frankreich, Griechenland, Irland, Island, Italien, Luxemburg, die Niederlande, Norwegen, Österreich, Portugal, Schweden, die Schweiz*), die Türkei und Großbritannien — Deutschland wurde durch die Militärgouverneure der drei Besatzungszonen vertreten), um ein Hilfsprogramm (European Recovery Program [ERP]) auszuarbeiten, das am 22. September 1947 von den Regierungen akzeptiert und der amerikanischen Regierung vorgelegt wurde. Auf dieser Sitzung wurde zugleich beschlossen, die drei westlichen Besatzungszonen an der Marshall-Hilfe zu beteiligen.

Auf Grund dieses Programms konnte Präsident Truman am 17. November 1947 eine Soforthilfe für Frankreich, Italien und Österreich beim Kongreß bewirken. Am 19. Dezember 1947 wurde das Auslandhilfegesetz (Foreign Assistance Act) formell eingebracht, dessen zentraler Bestandteil das Gesetz über Wirtschaftliche Zusammenarbeit (Economic Cooperation Act) war. Von diesem Gesetz rührt die offizielle Bezeichnung des Marshallplans als ECA-Hilfe her, die in Europa ERP-Hilfe genannt wurde.

*) Die Schweiz zeigte sich an der wirtschaftlichen Zusammenarbeit interessiert, hat aber keine amerikanischen Kredite in Anspruch genommen.

Die Gesetze wurden am 3. April 1948 verabschiedet, ihre Dauer auf vier Jahre, beginnend mit dem 1. Juli 1948, begrenzt. Der Gesamtbedarf wurde auf 17 Mrd. Dollar veranschlagt.

Nur wenige Tage später, am 16. April, unterzeichneten die sechzehn beteiligten europäischen Regierungen in Paris die Konvention zur Gründung einer Organisation für Europäische Wirtschaftliche Zusammenarbeit (Organization for European Economic Cooperation [OEEC]), in Deutschland auch „Europäischer Wirtschaftsrat“ genannt. Die OEEC war nunmehr im Zusammenwirken mit der Marshallplan-Verwaltung (Economic Cooperation Administration) unter der Leitung von Paul G. Hoffman für die weitere Abwicklung der Kredite verantwortlich. Schon am 9. April war in Galveston (Texas) der Frachter „John H. Quick“ mit 9000 t Weizen an Bord nach Bordeaux abgegangen. Der Marshallplan war angelaufen.

Schon im Jahre 1950 zeichnete sich deutlich die Erholung der europäischen Wirtschaft ab. Im Jahre 1951 — also noch vor Auslaufen des Marshallplans — waren die 1947 gesteckten Ziele weitgehend erreicht. Der Produktionsindex lag Ende 1951 bereits bei 150, gemessen am Stand des Jahres 1938. Die amerikanische Regierung traf deshalb noch in diesem Jahre Vorsorge für die Ablösung des Marshallplans durch Vereinbarungen, die sich in höherem Maße auf Gegenseitigkeit gründen sollten. Das kommt sinnfällig durch das Gesetz über Gegenseitige Sicherheit (Mutual Security Act) zum Ausdruck, das zur Grundlage für weitere Hilfslieferungen Amerikas wurde. Die letzten noch im Rahmen des Marshallplans bereitgestellten Mittel wurden bereits über die neue Einrichtung abgewickelt. Zwei Jahre später wurde die MSA-Verwaltung durch die Foreign Operations Administration (FOA) abgelöst, die schließlich im Juli 1955 im amerikanischen Außenministerium (State Department) aufging. Am 30. September 1961 wurde auch die OEEC in ihrer bisherigen Form aufgelöst und in eine Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (Organization for Economic Cooperation and Development [OECD]) umgewandelt, in der die USA und Kanada gleichberechtigte Mitglieder sind.

In die Reihe der Maßnahmen, die der Verwirklichung des Marshallplans dienten, gehört schließlich noch die Europäische Zahlungsunion (EZU), die am 19. September 1950 als Organ der OEEC gegründet wurde und die multilaterale Verechnung der Guthaben und Schulden der europäischen Länder ermöglichte. Das heißt: eine Schuld Frankreichs gegenüber

Großbritannien konnte auf diese Weise durch ein Guthaben Frankreichs bei der Bundesrepublik verrechnet werden. Bis dahin waren die einzelnen Regierungen darauf angewiesen, ihre Zahlungsbilanzen mit jedem einzelnen Land bilateral auszugleichen. Mit OEEC und EZU waren die Voraussetzungen für eine schrittweise Liberalisierung der Einfuhren und schließlich für die Konvertierbarkeit der Währungen gegeben, womit entscheidende Handelshemmnisse weggeräumt wurden.

Über die Verteilung der Kredite beschlossen die beteiligten europäischen Regierungen gemeinsam. Das ging — vor allem zu Beginn — nicht immer ohne Schwierigkeiten ab. Bezeichnend ist der Versuch einer Regierung, Anfang 1949 über ihren Anteil bilateral mit der amerikanischen Regierung zu verhandeln. Washington lehnte telegrafisch mit dem eindeutigen Hinweis ab, daß die Gewährung der Mittel von der Zusammenarbeit der europäischen Regierungen in der OEEC abhängt.

Die Weiterleitung der Mittel lief dann über die nationalen Regierungen. Die Regierungen selbst (für öffentliche Investitionen wie Straßenbau, Elektrizitäts- und Wasserversorgung, sozialen Wohnungsbau) oder auch einzelne Unternehmen konnten in der Höhe der zugesprochenen Kredite Waren in den Vereinigten Staaten einkaufen und Frachten bezahlen. Diese Leistungen mußten in der jeweiligen nationalen Währung bezahlt werden (wodurch die äußerst knappen Devisen gespart wurden). Diese sogenannten Gegenwertmittel konnten von den Regierungen wiederum investiert werden, so daß ein kräftiger, die Wirtschaft anregender Geldumlauf in Gang gesetzt wurde, der nur dadurch teilweise eingeschränkt wurde, daß einige Regierungen diese Gegenwertmittel zur Deckung von Haushaltsdefiziten benutzten und damit dem stimulierenden Kreislauf entzogen.

Wegen des Überschneidens verschiedener amerikanischer Hilfsmaßnahmen sind unterschiedliche Angaben über die tatsächliche Höhe der im Rahmen des Marshallplans eingesetzten Kredite im Umlauf. Nach Vergleich und Abstimmung amerikanischer und deutscher Statistiken*) beliefen sich die Marshallplan-Kredite auf insgesamt 13 055 Mio Dollar, von denen auf die Bundesrepublik rund 10 Prozent, nämlich 1389 Mio Dollar entfielen. 50 Prozent dieser Mittel wurden in der Bundesrepublik für industrielle Zwecke ausgegeben, 42 Prozent für Nahrungsmittel und

*) Quellen: Der Bund als Finanzier 1966, Bad Godesberg 1964, und Kretzschmar, Auslandshilfe als Mittel der Außenwirtschafts- und Außenpolitik, München 1964.

landwirtschaftlichen Bedarf, die restlichen 8 Prozent entfielen auf Frachten. Eine Sonderstellung nahm in diesem Programm Berlin ein, wo die Anlageinvestitionen zeitweilig zu über 60 Prozent aus Marshallplan-Mitteln finanziert wurden.

Insgesamt erhielt die Bundesrepublik in den Jahren 1945 bis 1956 3698 Mio Dollar, die sich wie folgt aufteilen:

GARIOA-Hilfen (einschließlich 1945/46)	2000 Mio Dollar
ERP-Hilfen (Marshallplan 1948—1951)	1283 Mio Dollar
MSA und spätere Hilfen (teilweise noch Marshallplan)	253 Mio Dollar
Sonderanleihe 1952	16,9 Mio Dollar
Summe	3552,9 Mio Dollar.

Hinzu kommen in den Jahren 1953 bis 1956 noch einige kleine Kredite in Höhe von rund 146 Mio Dollar, so daß sich die anfangs genannte Summe ergibt.

Diese Zahlen lagen im Februar 1953 den Verhandlungen über die deutschen Auslandsschulden in London zugrunde. Dabei wurde beschlossen, daß von den GARIOA-, ERP- und MSA-Hilfen nur 1000 Mio Dollar ab 1958 in 60 Halbjahresraten zurückzuzahlen sind, wobei der jeweils noch anstehende Betrag mit 2,5 Prozent verzinslich ist. Ein Teil dieser Raten ist bereits vorzeitig zurückgezahlt worden.

Die Bundesregierung hat die amerikanischen Kredite am konsequentesten eingesetzt und zu diesem Zweck ein unabhängiges Kreditinstitut, die „Kreditanstalt für Wiederaufbau“ in Frankfurt, ins Leben gerufen. Die sogenannten Gegenwertmittel aus den GARIOA-, ERP- und MSA-Mitteln bilden zusammen das ERP-Sondervermögen des Bundes, das zu günstigen Zinssätzen zur Finanzierung wirtschaftlicher und sozialer Aufgaben wieder ausgeliehen wird. Am 31. Dezember 1965 belief sich dieses Sondervermögen auf die stattliche Summe von 8610 Mio DM.

Ein letztes Wort noch zu der Bedeutung, die die Auslandshilfe im allgemeinen und der Marshallplan im besonderen für Amerika hatte und hat. Es wurde bereits darauf hingewiesen, daß die amerikanische Öffentlichkeit den Marshallplan zum Teil enthusiastisch begrüßte. In den Jahren 1948 bis 1952 hatten die Vereinigten Staaten teilweise 2,7 Prozent des Bruttosozialproduktes für Auslandshilfe auf-

gebracht, im Durchschnitt dieser Jahre 1,8 Prozent. Gemessen am Staatshaushalt betrug die Hilfe in diesen Jahren im Durchschnitt 10,9 Prozent, im Jahre 1948 sogar 16,8 Prozent. Würde man diese Größenordnung auf den Bundeshaushalt des Jahres 1966 übertragen, so müßte die Bundesregierung fast 10 Mrd. DM für Hilfeleistungen an das Ausland zur Verfügung stellen.

Es fehlte deshalb auch nicht an kritischen Stimmen, die vor einer Störung der Handelsströme und Verfälschung des Wettbewerbs warnten. Auf der einen Seite wurden nach amerikanischen Schätzungen mehrere Jahre lang zwischen 600 000 und 1 000 000 Arbeitsplätze erhalten oder geschaffen und der landwirtschaftliche und gewerbliche Export gefördert. Auf der anderen Seite wurde die europäische Wirtschaft sehr schnell konkurrenzfähig, so daß sie in den amerikanischen Markt einbrechen konnte und immer mehr US-Firmen veranlaßte, sich in Europa niederzulassen. Beides trug mit dazu bei, daß sich die sogenannte Dollar-Lücke schneller als erwartet von Europa nach Amerika selbst verlagerte. Kanada und andere Agrarexportländer klagten, daß die amerikanische Kreditpolitik ihren Handel mit Westeuropa empfindlich störe. Kritisiert wurde auch, daß sich gerade in Jahren der Stahlknappheit durch den Marshallplan ein zusätzlicher Druck als Folge europäischer Käufe ergab, der zu Preissteigerungen auf dem amerikanischen Markt führte, während zu gleicher Zeit die Demontagen in Deutschland weiterliefen und die deutsche Stahlproduktion künstlich niedrig gehalten wurde. In der Tat sind diese Mängel erst in späteren Jahren endgültig abgestellt worden. Sie hatten auch deutsche Kritik hervorgerufen, weil befürchtet wurde, daß sich die westeuropäischen Länder vom traditionellen deutschen Markt für Investitionsgüter abwenden könnten und nicht nur während der Marshallplan-Periode, sondern auch in Zukunft in Amerika einkaufen könnten. Wie nicht selten in der Geschichte erwiesen sich jedoch die Prognosen der Optimisten richtiger als die der Pessimisten. Die durch den Marshallplan hervorgerufene Initialzündung war so gewaltig, daß schließlich alle am Welt-handel beteiligten Nationen auf ihre Kosten kamen.

Eine richtige Politik zur richtigen Zeit hatte ihre Früchte gezeitigt. Dieser Erfolg ist das Bleibende des Marshallplans ebenso wie die sich daraus ergebende Verpflichtung zu Gemeinsamkeit und Solidarität aller Völker.

George Catlett Marshall – Mensch und Werk

Soldat mit Friedensnobelpreis

Für uns Europäer ist George Catlett Marshall der Mann des Hilfsprogramms, das seinen Namen trägt. Und doch stellt diese großartige Tat, die Europa rettete und den Gang der Geschichte änderte, nur eine Episode in der langen Karriere des amerikanischen Generals dar. Am letzten Tage des Jahres 1880 geboren, hatte Marshall bereits sein 66. Lebensjahr vollendet, als er in der Harvard Universität am 5. Juni 1947 seine berühmt gewordene Rede hielt. Und bis es dahin kam, hatte er eine Vielzahl verantwortungsvoller Entscheidungen zu fällen, oft unter dramatischen Umständen.

Will man die Vorgänge im Jahre 1947, die mit dem Namen Marshall verknüpft sind, voll und ganz würdigen, so kann man nicht umhin, die ganze Persönlichkeit dieses Mannes, des Soldaten, Patrioten und Staatsmannes in Betracht zu ziehen.

Marshall war zuallererst Soldat und erhielt doch für seine Verdienste im Jahre 1953 den Friedensnobelpreis. Für unsere Generation klingt das etwas paradox. Wie kann man dem Frieden dienen und zugleich für die Durchführung zahlreicher kriegerischer Operationen verantwortlich gewesen sein? Gilt denn noch immer das alte römische Wort, demzufolge man den Frieden am besten wahrt, indem man sich auf den Krieg vorbereitet?

Man muß sich indessen davor hüten, das Tun der Soldaten früherer Kriege an den pazifistischen Vorstellungen von heute zu messen. Und man würde der Geschichte nicht gerecht, wenn man den militärischen Leistungen der Vergangenheit den Respekt versagen wollte. Das Verhältnis zwischen politischer und militärischer Notwendigkeit war in der Geschichte stets spannungsgeladen. Gilt das für Zeiten,

in denen der Krieg als Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln betrachtet wurde, wieviel mehr muß das dann gelten, wenn Demokratien den Krieg als Mittel auszuschließen bemüht sind.

Schließlich ist es verständlich, daß der Politiker zunächst an seine Wähler denkt, die eine möglichst kurze Militärdienstzeit und ein kleines Militärbudget fordern. Der Soldat hat dagegen die Pflicht, an die Möglichkeit eines bewaffneten Konfliktes zu denken und die ihm untergebenen Streitkräfte so gut wie möglich auszurüsten und vorzubereiten. Jeder ist dabei seinem Gewissen verantwortlich, und es ist keineswegs gesagt, daß der Zivilist zugleich auch immer der Pazifist und der Soldat blutrünstiger Militarist ist. Wie oft ist es schon geschehen, daß sich im Falle internationaler Krisen alle Kritik auf den Generalstab häufte und dieser dann für die Versäumnisse der Politiker verantwortlich gemacht wurde!

Von General Marshall ist bekannt, daß er im Verlauf zahlreicher „hearings“ in den Ausschüssen des amerikanischen Kongresses mehr als einmal die Geduld verlor. Ihm ging jenes Gefühl für Taktik ab, das in der Politik unumgänglich scheint. Ist er darum ein „Militarist“? Ist es verwunderlich, wenn sich die Sorge des Generalstabschefs Luft macht, der seine Verantwortung einer demokratischen Ordnung gegenüber trägt, die alle Tugenden hat — nur die eine nicht: schnell zu handeln? Bewundernswürdig ist vielmehr, daß dieser Mann mit seiner ungeheuren Verantwortung auch nicht einen Augenblick lang die demokratische Grundordnung in Zweifel zog, die sich die Gründer der Vereinigten Staaten von Amerika gegeben haben.

Tiefe demokratische Überzeugung

In diesem Zusammenhang seien zwei Zeugen zitiert, die lange Zeit mit Marshall zusammengearbeitet haben.

In seinen Erinnerungen „Sketches from Life of Men I have known“ stellt sich der frühere amerikanische Außenminister Dean Acheson die Frage, ob Marshall nur in militärischen Ka-

tegorien gedacht habe. Er kommt zu der Überzeugung, daß nichts irriger als diese Annahme sei. Marshalls Denken sei keineswegs von militärischen Überlegungen beherrscht gewesen. Gewiß war sich Marshall der Tatsache bewußt, daß organisierte Gewalt in den Beziehungen der Völker eine Rolle — eine

wesentliche Rolle, leider — spielt. Aber nie akzeptierte er die allzu simple Auffassung derer, die Völker und Ideen nach den Divisionen messen, die sie zu mobilisieren im Stande seien. Marshall glaubte an die Macht der Ideale, er wußte, daß eine Demokratie — militärisch gesehen — in der schlechteren Startposition ist, daß aber auf lange Sicht ein freies Volk, wenn es für seine Ideale eintritt, unbesiegbar bleibt.

Das Urteil Achesons wird vom damaligen Präsidenten der Vereinigten Staaten, Harry S. Truman, voll bestätigt. In seinen Memoiren berichtet der Präsident, daß für die Durchführung des Hilfsprogramms für Europa Marshall genau der richtige Mann gewesen sei, weil „er zutiefst in der Demokratie wurzelte und aufrichtig glaubte, daß die Völker ihr eigenes Schicksal zu gestalten hätten“. Und in der Tat hatte der General eine tiefe demokratische Überzeugung, die er mit Millionen seiner Landsleute teilt, die aber nicht immer in Europa das gleiche Echo findet, vielleicht weil wir Europäer aus Erfahrung zu Skeptikern geworden sind. Truman fährt fort und versichert, daß Marshall „fest an das Primat der Politik gegenüber dem Militärischen glaubt“. Auch diese naiv anmutende Überzeugung mußte die Zyniker herausfordern, um so mehr, als es Marshall während seiner Tätigkeit in China nicht gelungen war, Generalissimus Tschiang Kai-schek für dieses Prinzip zu gewinnen. Doch gab ihm andererseits diese Überzeugung die Kraft, im Alter von 70 Jahren vor dem Kongreß eine zweiundvierzigstündige Vernehmung über den Korea-Krieg zu überstehen, die mit seinem Sieg und der Niederlage des berühmten McArthur endete. Er ging in diese

Disziplin und Gehorsam

So wie er nach kurzer Überlegung Entscheidungen zu fällen wußte, so konnte er auch gehorchen. Das beleuchtet eine kleine Anekdote bei Ausbruch des Korea-Krieges im Jahre 1950. Marshall stand damals kurz vor Vollendung seines siebzigsten Lebensjahres, lebte seit einiger Zeit im Ruhestand und hielt sich gerade irgendwo im Norden des Landes zum Angeln auf. Plötzlich schellte das Telefon in dem kleinen Postbüro, wo man auch alles kaufen konnte, was zum Angeln und Fischen notwendig ist. Ein gewisser Mister Marshall — ja, eben der General — solle sofort ans Telefon kommen, ganz gleich wie — der Präsident wolle ihn sprechen. Als Marshall kurz darauf im Postbüro anlangt, haben sich die

seine letzte Schlacht als Bürger der Vereinigten Staaten, als Bürger eines demokratischen Gemeinwesens, um seine Vorstellungen zu erläutern und dem Urteil der Repräsentanten des Volkes anheimzustellen.

Und doch besaß Marshall die Tugenden des echten Soldaten: er konnte gleichermaßen entscheiden und ausführen, befehlen und gehorchen. Seine anerkannte Autorität dürfte auf fünf Eigenschaften zurückgehen, die sich selten in einem Menschen vereint finden:

Er besaß ein sehr ausgeprägtes Gespür für das Wesentliche, das es ihm möglich machte, stets auf den Grund der Dinge zu sehen und für die ihm gestellten Probleme schnell geeignete Lösungen zu finden.

Er wußte aber auch, daß alle Details einer Operation von Bedeutung sind und daß keines vernachlässigt werden darf, wenn sich der Erfolg einstellen soll.

Er hatte wiederum zugleich die Gabe, sich nicht in technischen Details zu verlieren, sondern vertrauensvoll Verantwortung auf sorgfältig ausgesuchte Mitarbeiter zu delegieren.

Schließlich hatte er den persönlichen Mut, Entscheidungen zu treffen, auch wenn noch nicht alle Einzelheiten geklärt waren.

Vor allem aber war er stets von der Sache und dem Erfolg überzeugt. Und dieses Vertrauen war ansteckend. General Eisenhower, der ihm zeitweilig unterstellt war, weiß dazu zu berichten: „Marshalls Fähigkeit, Verantwortung zu delegieren, war nicht nur der Sache dienlich, sondern war jedem Untergebenen Ansporn, mehr zu leisten, als normalerweise von ihm erwartet wurde.“

Dorfnotabeln in der Erwartung eingefunden. Zeugen eines historischen Gesprächs zu werden, denn eine Kabine war nicht vorhanden. Nun, sie wurden Zeugen des Gesprächs, hörten aber nur wenige Worte: „Yes, Mr. President“ — „Yes“ — „When?“ — „Yes Sir“. Und dann legte der „grand old man“ wieder auf. Er war soeben zum Verteidigungsminister ernannt worden ...

Nein, Disziplin und Gehorsam sind keine Sklaveneigenschaften, wie es uns eine irri-ge Auffassung von Demokratie zeitweilig glauben machen wollte. Freiheit und Disziplin schließen einander nicht aus, im Gegenteil, sie bedingen einander, wenn der einzelne seine Fähigkeiten voll ausschöpfen will.

Wie sehr Marshall seine Persönlichkeit dem Dienst der Sache widmete, zeigt ein anderer Vorgang. Als es darum ging, den Oberbefehlshaber für die Invasion an der französischen Kanalküste zu ernennen, hätte Marshall nur einen kleinen Hinweis zu geben brauchen und Roosevelt hätte ihn zum Oberkommandierenden des größten Kriegsschauplatzes im westlichen Europa gemacht. Marshall selbst hatte sich stets ein Kommando an der Front gewünscht. Er wußte aber auch, wie wichtig seine Position als Generalstabschef war — und schwieg. So durfte Kriegsminister Stimson am Tage des Sieges in Europa zu ihm sagen: „Sie haben niemals an sich selbst gedacht. Es dürfte selten sein, daß ein Mann es ausschlägt, Kommandierender General der größten Feldarmee in unserer Geschichte zu sein. Sie haben diese Entscheidung aus gänzlich uneigennütigen Gründen gefällt.“

Doch zurück zu dem Plan, der seinen Namen trägt und für die freien Völker Europas die Rettung bedeutete. Dieser Plan war Teil einer weitsichtigen politischen Gesamtkonzeption und das Resultat einer Reihe internationaler Erfahrungen, die Marshall zum Teil selbst machen mußte.

Er hat politische Entwicklungen nie aus rein amerikanischer Sicht gesehen. Sein Werdegang führte ihn in fast alle Kontinente. Als junger Offizier diente er auf den Philippinen. In den zwanziger Jahren war er in China, wo er sich mit Kultur und Sprache dieses Landes vertraut machte. Nicht zuletzt wegen dieser Erfahrungen beauftragte ihn Präsident Truman, wenige Stunden nachdem sich Marshall 1945 in den verdienten Ruhestand zurückgezogen hatte, mit dem hoffnungslosen Versuch, im chinesischen Bürgerkrieg zwischen Kommunisten und Kuomintang zu vermitteln. Seine Mission scheiterte, weil — das war Marshalls Erkenntnis — es den nationalen Kräften an einem vorwärts weisenden Programm fehlte.

Dieser Mißerfolg in China wurde später oft gegen Marshall ausgenutzt und ausgeschlachtet. Zu Zeiten des berühmt-berüchtigten McCarthy zögerte man nicht, Marshall zu den sogenannten „Mitläufern“ zu rechnen, die angeblich ein Sicherheitsrisiko für die amerikanische Regierung bedeutet haben sollen. Doch Marshall ließ sich nicht entmutigen und übernahm am 7. Januar 1947 ohne Zögern das Amt des Außenministers. Seine Illusionen waren

Marshall scheute auch nicht Kritik an seiner eigenen Person. Zwar glaubte er feisenfest an bestimmte grundlegende Ideen und trat für diese rückhaltlos ein, andererseits war er aber ebenso überzeugt, daß ihm selbst Grenzen gesetzt seien. Als er 1947 nach seiner Berufung zum Außenminister diplomatische Entscheidungen fällen mußte, die ihm bisher fremd waren, rief er seine Mitarbeiter zusammen und verlangte von ihnen vorbehaltlose Offenheit. Dabei sprach er jene bezeichnenden Worte, die mehr als alles andere seine Persönlichkeit beleuchten und zugleich für Sekunden den Schleier über seinem persönlichen Leben lüfteten: „Ich muß von Ihnen völlige Offenheit verlangen, ganz besonders in bezug auf meine eigene Person. Ich kenne keine anderen Gefühle als die, die ich Mrs. Marshall entgegenbringe.“

Der Außenminister

verflogen. Noch kurze Zeit zuvor war er überzeugt, daß es gelingen könne, die „große Allianz“ mit der Sowjetunion im Interesse des Friedens zu bewahren. Im August 1943, auf der Konferenz von Quebec, hatte er in einer Note die Verständigung zwischen West und Ost nicht nur als eine militärische Notwendigkeit, sondern als Basis einer Friedensordnung nach dem Kriege gefordert. Anfang 1947 sah er zwar noch immer die Notwendigkeit dieser Verständigung, traf aber zugleich Vorbereitungen für eine politische Alternativlösung, die noch im selben Jahre zur Anwendung gelangte.

Wie war es dahin gekommen?

Im Februar 1947 hatte Bernard Baruch einen letzten Versuch unternommen, den amerikanischen Abrüstungsplan durchzusetzen und den Vereinten Nationen die Kontrolle aller Atomwaffen zu übertragen. Die Sowjetunion bereitete sich jedoch fieberhaft auf die Entwicklung ihrer eigenen Bombe vor und lehnte den Plan ab: Der atomare Rüstungswettlauf hatte begonnen.

Im März trat in Moskau die interalliierte Konferenz zusammen und endet nach vier Wochen mit einem totalen Mißerfolg. Im November trat die Konferenz noch einmal zusammen, diesmal in London, wiederum ohne jeden Erfolg — und das, obwohl allein die Sowjetunion östlich und westlich ihrer früheren Grenzen mit beträchtlichem Gebietserwerb aus dem Krieg hervorgegangen war. Es genügt,

auf das alte deutsche Königsberg zu verweisen, wo ein Immanuel Kant über ein Vierteljahrhundert lang gelehrt hat, das nicht mehr und nicht weniger russisch ist als Montpellier oder Salamanca, jetzt hieß es plötzlich Kalinigrad. Das erschreckende Abkommen von Jalta wurde in seiner ganzen Härte durchgeführt, ganz Mitteleuropa der Roten Armee ausgeliefert. Auf der anderen Seite hatten die westlichen Alliierten auf jede nennenswerte Ge-

bietsannexion verzichtet. Sie hatten also zu Recht ein weniger aggressives Verhalten der Sowjets erwarten können. Als jedoch klar wurde, daß der Westen keine weiteren Zugeständnisse zu machen bereit war, verloren die interalliierten Konferenzen ihren Sinn und wurden nicht mehr einberufen. Entgegen ihrer Absicht sahen sich Amerikaner und Engländer gezwungen, eine eigene Politik, vor allem in der Deutschlandfrage, zu entwickeln.

Antiamerikanismus als Dank

Das war die Situation, in der der Marshallplan Form annahm. Zwischen den Konferenzen in Moskau und London wurde noch einmal an den Kreml appelliert, denn die amerikanische Hilfe sollte ganz Europa zuteil werden — einschließlich der UdSSR. Doch Moskau lehnte ab und zwang andere, ebenfalls abzulehnen. Warschau zögerte, mußte sich aber bald beugen. Prag akzeptierte zunächst, mußte jedoch seine Entscheidung wieder rückgängig machen. Auf der Pariser Konferenz der vier Außenminister, die von Bevin und Bidault einberufen worden war, wiederholte Molotow sein traditionelles „njet“. Der Marshallplan mußte auf Westeuropa beschränkt bleiben.

Um was handelte sich es bei diesem Plan?

Zuallererst war der Marshallplan ein gigantisches wirtschaftliches Rettungsunternehmen, durch das die erschöpften europäischen Länder über Rohstoffe und Investitionsgüter verfügen konnten, deren sie dringend bedurften. Die damals herrschende Not mag durch eine einzige Zahl dargestellt werden: Die Vereinigten Staaten mußten in den Jahren nach dem Kriege allein Nahrungsmittel im Werte von über 8 Milliarden Dollar an sechzehn europäischen Länder liefern.

Doch waren solche Lieferungen allein nicht das Entscheidende; denn inzwischen haben wir erlebt, wie Milliardensummen in die Entwicklungshilfe geflossen sind und in einem Sumpf von Inkompetenz, Desorganisation und Korruption verschwendet wurden. Wir sehen immer wieder, wie diese Hilfsgelder im Danaidenfaß versickern, so daß wir uns zu Recht fragen müssen, warum der Marshallplan so erfolgreich war. Die Antwort ist einfach: Dieser Plan gründete sich auf eine politische Konzeption und eine wirtschaftliche Methode.

Freilich ging es auch nicht ohne Schwierigkeiten ab, vor allem psychologischer Art. Mancher Europäer fühlte sich im Inneren gede-

mütigt, weil er auf fremde Hilfe angewiesen war. Es überrascht deshalb nicht, wenn wir feststellen, daß der latente Antiamerikanismus in Europa aus der Zeit des Marshallplans datiert. Wir müssen das hinnehmen, Menschen sind nun einmal so, wie sie sind. Da waren traditionsreiche Länder, stolz auf Unabhängigkeit und geschichtlichen Ruhm. Jetzt standen sie am Abgrund; und ein junges Land, aus dem alten Kontinent selbst hervorgegangen, bot großzügig seine Hilfe an. Noch schlimmer: Die „Neureichen“ hatten auch noch eigene Vorstellungen über die Verwendung ihrer Hilfe. Und die Höhe war doch wohl, daß diese Vorstellungen richtig waren. Sie führten geradewegs zur europäischen Zusammenarbeit, zu dem, was wir heute als Integration bezeichnen. Damit waren aber zugleich die Demagogen auf den Plan gerufen, Polemiken entbrannten und eine Fülle von Mißhelligkeiten machten sich auf der Empfängerseite bemerkbar.

Natürlich wollte die überwältigende Mehrheit der Westeuropäer nicht hinter dem Eisernen Vorhang verschwinden. Sie konnten es jedoch ihren Rettern nie verzeihen, daß sie selbst nicht mehr in der Lage waren, ihr eigenes Geschick zu lenken. Nicht allein, daß den Vereinigten Staaten — von offiziellen Erklärungen abgesehen — kaum je Dank gezollt wurde, die Undankbarkeit wurde mit Leidenschaft gepflegt: Alles, was von Amerika kam, wurde von vornherein mit Mißtrauen betrachtet. Antiamerikanismus wurde in manchen Kreisen regelrecht zu einer obligaten Geisteshaltung. So wurde behauptet, daß die Amerikaner nur zweitklassige Produkte, allenfalls ihre Überschüsse nach Europa schickten. Wer solches wider alle Wahrheit in den Salons versicherte, fand allenthalben nickende Zuhörer. Wahrheit hin, Wahrheit her — die Unterstellung allein wurde als Beweis dafür angesehen, daß man schließlich nicht dumm war und nicht auf alles „hereinfiel“.

Es wurde gefragt, ob die Amerikaner wirklich uneigennützig dächten und handelten. Ging es ihnen nicht in erster Linie um die Sicherung ihrer Absatzmärkte in Europa? Wer wußte schon, daß die Lieferungen nach Europa letzten Endes nur einen winzigen Teil der amerikanischen Industrieproduktion ausmachten? Vielfach wurde übersehen, daß Amerika durch den Wiederaufbau Europas sich selbst einen für die Zukunft gefährlichen Konkurrenten auf den Weltmärkten heranzog. Nicht zuletzt wurde vergessen, daß Großzügigkeit keineswegs mit Dummheit und Verzicht auf Kalkulation identisch zu sein braucht. All das wollte man bei uns nicht sehen, und so mancher, der das bewußt übersah, machte damit seine eigene Politik: Europäer, die damals noch die Vorzüge ihrer Kolonialregime anpriesen, scheuten sich nicht, den Amerikanern „Neokolonialismus“ vorzuwerfen und auf diese Weise ihre „Linksfortschrittlichkeit“ unter Beweis zu stellen.

Einer der großen Widersprüche jener Tage ist, daß eine Reihe intelligenter Europäer zur gleichen Zeit, als in Prag die Kommunisten mit ihrem Staatsstreich der tschechoslowakischen Demokratie ein Ende bereiteten, Amerika beschuldigten, systematisch Antikommunismus zu betreiben, während doch die große Gefahr die systematische Annexionspolitik Stalins war.

Und was den damaligen Außenminister selbst in dieser Angelegenheit betrifft, so machte die Verleumdung auch vor dem Menschen Marshall nicht halt. Er habe, so hieß es, mit dem Plan nicht mehr als den Namen gemein.

Was hat es damit auf sich? Natürlich hatte der Minister die Maschinerie des State Department zu seiner Verfügung. Doch bestätigt

Dean Acheson, damals Marshalls Unterstaatssekretär, daß der Außenminister die entscheidenden Punkte des Hilfsplans selbst festgelegt habe: nämlich es müsse schnell gehandelt werden, die Europäer hätten das Hilfsprogramm selbst auszuarbeiten, es dürfe keine nationalen Einzelpläne geben, Europa müsse als Einheit und nicht als Summe rivalisierender Mächte betrachtet werden.

Wie schon oft in seinem Leben fand sich Marshall einer äußerst komplexen Situation gegenüber, zögerte aber nicht, die Entscheidung gemäß seiner bekannten Methode zu fällen, die leider nur selten Nachahmung findet: „Don't fight the problem! Decide it!“ In Europa hatte man den Sinn für solche schöpferische Vitalität verloren. Man erblickte darin vielmehr unangebrachte Vereinfachung der Problematik. Das schien in das Bild des Amerikaners zu passen, der „keinen Sinn für Nuancen“ habe und sich „wie ein Elefant im Porzellanladen“ benehme. Dabei war nichts notwendiger, als die Europäer zu zwingen, ihre nationalen Vorurteile und Eigensüchteleien aufzugeben...

Der Plan ist das zentrale Ereignis der Amtszeit Marshalls im Außenministerium. Sicher unternahm der Minister auch andere Dinge in dieser Zeit. Er betrieb die Verschmelzung der amerikanischen und britischen Zonen Deutschlands zur „Bizone“. Es gelang ihm, Frankreich für die westalliierte Deutschlandpolitik zu gewinnen. Er bemühte sich — ohne Erfolg — um die Einschränkung des Vetorechts im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen. Mit etwas mehr Erfolg versuchte er, die lateinamerikanischen Ländern zu einer Koordinierung der Verteidigungsanstrengungen zu bringen. Der Wiederaufbau Europas — und damit die Konsolidierung des westlichen Teils des Kontinents — aber bleibt seine Hauptleistung.

Enthusiasmus in Amerika

Die Wirkung, die von dieser Leistung ausging, führt zu drei abschließenden Überlegungen.

Als am 7. Juli 1947 in Paris eine Konferenz zusammentrat, um die europäischen Vorstellungen über ein Washington zu unterbreiten, fand sie sich sogleich dem deutschen Problem konfrontiert. Es wurde beschlossen, die drei westlichen Zonen von der amerikanischen Hilfe und der daraus resultierenden europäischen Zusammenarbeit nicht auszuschließen. Damit war ein weiterer entscheidender Schritt zur Versöhnung der Feinde von einst getan. Im Angesicht des bolschewisierten östlichen Teils

Deutschlands entstand im Westen der Kern eines demokratischen parlamentarischen Staates. Dieser Aspekt des Marshallsplans kann nicht genug hervorgehoben werden.

Zum anderen muß an den Enthusiasmus erinnert werden, den der Plan in Amerika selbst hervorrief. Wir Europäer haben oft die irrige Vorstellung, der Marshallplan sei in den Konferenzsälen der Wall Street ausgedacht worden. Wir unterschätzen die Anstrengungen, die erforderlich waren, um dem amerikanischen Kongreß die Zustimmung abzurufen und der amerikanischen Öffentlichkeit klarzumachen, daß sie für Europa Opfer bringen müsse. Eine aufwendige politische Kampagne

war dazu erforderlich. Bertrand de Jouvenel berichtet darüber in seinem Buch „L'Amérique en Europe“: „Was mußte ins rechte Licht gerückt werden?“, so fragt er, „erstens, daß in Europa eine zwingende Notlage herrscht; zweitens, daß die Vereinigten Staaten materiell durchaus in der Lage sind, zu helfen; drittens, daß das für Amerika eine moralische Pflicht ist.“

Glücklicherweise sind die Amerikaner ein ansprechbares Volk. Die Organisatoren dieser Kampagne, Christian Herter und seine Freunde, kamen mit der Öffentlichkeit dank mehrerer tausend kleiner Versammlungen, Empfänge, Konferenzen, Vorträge in Clubs und vor lokalen Vereinen in engen Kontakt. Sie fühlten der Nation gewissermaßen den Puls und gewannen die Überzeugung, daß das Hilfsprogramm nicht nur realisierbar sei, sondern auch allgemein akzeptiert wurde.

Die dritte und letzte Überlegung: Man kann nicht umhin, den peinlichen Kontrast zwischen

dem Enthusiasmus derer, die uns auf dem Wege zur europäischen Einigung helfen wollten, und dem Unbehagen derer, die sich nur ungern auf diesen Weg begaben, festzustellen. Wer das Buch des amerikanischen Journalisten Theodore H. White „Fire in the Ashes“ liest, wird von der Begeisterung, die — in Amerika! — über die europäische Einigung herrschte, überrascht sein. Man begeisterte sich für uns — für uns Europäer! Wer dann wiederum an die politischen Auseinandersetzungen in Europa denkt, an den Kampf der Föderalisten für die wirtschaftliche und politische Einigung und die atlantische Solidarität, kann nur Scham über den Kleinmut, die chauvinistischen Vorurteile und die geistige Beschränktheit der Europäer empfinden. „Klein, aber mein“ oder „Ein jeder kehrt vor seiner Tür“ — wie oft mußten wir diese kleinbürgerlichen Weisheiten hören, mit denen auf weltweiten politischen Einfluß, auf Verwirklichung einer echten europäischen Föderation verzichtet wurde . . .

Europäisch-amerikanische Solidarität

Auch heute sind es nicht allzu viele, die einerseits überzeugt sind, daß noch immer eine weltweite Politik der gemeinsamen Sicherheit und der wirtschaftlichen Entwicklung möglich ist, andererseits aber wissen, daß selbst ein Vereintes Europa hierzu seinen Beitrag nicht allein leisten kann. An der Spitze der modernen Entwicklung wird es immer wieder — unvermeidlich — auf Amerika stoßen. Daß unser europäischer Beitrag zur Weltpolitik seine eigene Form haben wird, ist nicht abzustreiten. Daß wir dazu die erforderliche Kapazität brauchen und uns folglich vereinen müssen, auch daran wird kaum noch gezweifelt. Daß aber eine solche Politik nicht ohne Rücksicht auf den amerikanischen Bundesgenossen oder — schlimmer noch — gegen dessen Interesse möglich ist, das wollen wir nicht zur Kenntnis nehmen.

Wenn Europäer und Amerikaner in ihrer gemeinsamen Verantwortung für die Zukunft der freien Welt nicht solidarisch sind, wie wird dann diese Freiheit eines Tages aussehen? Sicher wird es zwischen den Mächten diesseits und jenseits des Atlantiks immer Spannungen geben. Wie sollte es anders sein? So lange es sich um Meinungsverschiedenheiten handelt, ist dagegen nichts einzuwenden. Man wird zu einer vernünftigen Arbeits- und Aufgabenverteilung zwischen Amerika und Europa kommen müssen. Die Gleichberechtigung der beiden Machtzentren ist eines der Ziele

des europäischen Einigungsbestrebens. Von schwerwiegenden Konflikten aber können nur die Gegner der Freiheit profitieren — und derer gibt es, weiß Gott, auch heute noch genug in dieser Welt.

Alle diese Überlegungen kristallisieren sich in dem Namen George Catlett Marshall — Amerikaner, Anglikaner, Weltbürger, dessen würdige Erscheinung an einen Römer erinnert.

Dreimal verband ihn das Schicksal mit Europa. 1917, als er in Saint-Nazaire mit den ersten Soldaten des amerikanischen Expeditionscorps in Europa landete. 1944, als er fünf Tage nach Beginn der Invasion den Brückenkopf in der Normandie inspizierte. Bei diesen Gelegenheiten hat ihn keiner gefragt, was er eigentlich bei uns in Europa wollte, kein „Ami go home!“ wurde an die Wände gepinselt. 1947 schließlich kam er mit seinem Hilfsprogramm, um zu verhindern, daß Europa ein Opfer seiner eigenen Ruinen würde. Dieses Mal wurde er weniger herzlich empfangen, denn wir Europäer hatten inzwischen genügend Zeit, uns einen gehörigen Minderwertigkeitskomplexen gegenüber anzueignen, die gekommen waren, zu helfen, damit wir uns selbst wieder helfen könnten.

Die historische Leistung George Catlett Marshalls aber steht über aller Verleumdung und Herabsetzung. Für die europäische Einigung, die einzige konstruktive Leistung der Euro-

päer in diesem Jahrhundert, hat alles mit dem Marshallplan begonnen. Wenn eine europäische Wiedergeburt möglich ist — ich betone: möglich ist, denn noch hat sie nicht stattgefunden! —, dann dank der Weitsicht einer Persönlichkeit, die Ziel und Weg miteinander in Einklang zu bringen wußte. Respekt dem Soldaten Marshall, der nach den Worten Lord Alanbrookes „ein großer Mann, ein großer Gentleman, ein großer Organisator“ war. Re-

spekt dem Diener seines Staates, den Truman „den begabtesten Menschen und tiefsten Charakter, den ich jemals gekannt habe“, nannte. Respekt dem Menschen Marshall, der in seiner Uneigennützigkeit ein offenes Herz für das Elend der Menschheit hatte. Respekt einem der Mächtigen dieser Welt, der in Stunden schwerster Verantwortung und von Ehren überhäuft stets die vornehmste aller christlichen Tugenden beherzigte: Demut.

Rede George C. Marshalls vom 5. Juni 1947

Ich brauche Ihnen, meine Herren, nicht zu erzählen, daß die Weltlage sehr ernst ist. Das ist allen intelligenten Menschen offenbar. Eine der Schwierigkeiten liegt meiner Ansicht nach darin, daß das Problem so ungeheuer verwickelt ist, so daß es bei der großen Menge von Tatsachenmaterial, das der Öffentlichkeit durch Presse und Rundfunk geboten wird, für den Mann auf der Straße überaus schwierig wird, zu einer klaren Beurteilung der Lage zu kommen. Außerdem sind die Menschen hier fern von den Notgebieten der Erde, und es ist für sie nicht leicht, sich eine Vorstellung von der Notlage und den sich daraus ergebenden Reaktionen der leidenden Völker oder von der Auswirkung dieser Reaktionen auf die Regierungen im Zusammenhang mit unseren Friedensbemühungen zu machen.

Bei unseren Erwägungen über die Bedürfnisse Europas für den Wiederaufbau wurden die Menschenverluste, die sichtbare Zerstörung der Städte, Fabriken, Bergwerke und Eisenbahnen richtig einkalkuliert, aber es hat sich in den letzten Monaten herausgestellt, daß diese sichtbare Zerstörung wahrscheinlich weniger schwerwiegend ist als die Tatsache, daß das gesamte europäische Wirtschaftssystem aus den Angeln gehoben wurde. Zehn Jahre lang haben höchst anormale Zustände geherrscht. Die fieberhaften Kriegsvorbereitungen und die noch fieberhaftere Aufrechterhaltung der Kriegsanstrengungen haben alle Gebiete der Volkswirtschaft in Mitleidenschaft gezogen. Der Maschinenbestand verfiel oder veraltete. Unter der willkürlichen und zerstörungswütigen Naziherrschaft wurde praktisch

jeder geeignete Betrieb in die deutsche Kriegsmaschine eingespannt. Alte Handelsverbindungen, private Einrichtungen, Banken, Schifffahrtsgesellschaften und Versicherungsgesellschaften verschwanden durch Kapitalverlust, Verstaatlichung oder einfach durch Vernichtung. In vielen Ländern ist das Vertrauen in die Währung stark erschüttert. Das Geschäftsleben in Europa hat während des Krieges einen vollkommenen Zusammenbruch erlitten.

In dem Erholungsprozeß ist dadurch eine schwerwiegende Verzögerung eingetreten, daß man sich zwei Jahre nach Einstellung der Feindseligkeiten noch immer nicht auf eine Friedensregelung mit Deutschland und Österreich geeinigt hat. Aber selbst bei einer schnelleren Lösung dieser schwierigen Probleme würde die Gesundung der europäischen Wirtschaftsstruktur ganz offensichtlich eine sehr viel längere Zeitspanne und viel größere Anstrengungen erfordern, als man anfangs angenommen hatte.

Diese Angelegenheit hat eine interessante und zugleich ernste Seite. Der Bauer hat schon immer Nahrungsmittel zum Tausch gegen andere lebenswichtige Güter für den Städter produziert. Diese Arbeitsteilung ist die Grundlage der modernen Zivilisation. Im Augenblick steht sie vor dem Zusammenbruch. Die städtischen Industrien bringen keine ausreichende Warenmenge zum Tausch gegen die Nahrungsmittel der Landbevölkerung hervor. Rohmaterialien und Brennstoffe sind knapp. Die Maschinen sind abgenutzt oder fehlen ganz. Der Landwirt oder Bauer kann die Waren nicht finden, die er kaufen möchte. Darum er-

scheint ihm der Verkauf seiner landwirtschaftlichen Produkte gegen Geld, das er nicht gebrauchen kann, als ein wenig einträgliches Geschäft. Er hat daher viele Felder dem Getreideanbau entzogen und benutzt sie als Viehweiden. Er verfüttert mehr Korn an das Vieh und hat für sich und seine Familie genug zu essen, wie knapp er auch an Kleidung und anderen Gaben der Zivilisation sein mag.

Inzwischen leidet die Stadtbevölkerung unter dem Mangel an Nahrungsmitteln und Brennstoffen. Die Regierungen sind also gezwungen, ihre Devisen und ausländischen Kredite zum Einkauf dieser lebensnotwendigen Dinge aus dem Auslande zu benutzen. Durch diesen Vorgang werden die Geldmittel erschöpft, die für den Wiederaufbau dringend benötigt werden, und so entwickelt sich sehr bald eine ernste Lage, die der Welt nicht viel Gutes verheißt. Das moderne System der Arbeitsteilung, auf das sich der Warenaustausch gründet, steht vor dem Zusammenbruch.

In Wahrheit liegt die Sache so, daß Europas Bedarf an ausländischen Nahrungsmitteln und anderen wichtigen Gütern — hauptsächlich aus Amerika — während der nächsten drei oder vier Jahre sehr viel höher ist als seine gegenwärtige Zahlungsfähigkeit, daß beträchtliche zusätzliche Hilfsleistungen notwendig sind, wenn es nicht in einen wirtschaftlichen, sozialen und politischen Verfall sehr ernster Art geraten soll.

Die Lösung liegt in einer Durchbrechung des *Circulus vitiosus* und die Wiederherstellung des Vertrauens bei den europäischen Völkern auf die wirtschaftliche Zukunft ihrer Länder und ganz Europas. Der Fabrikant und der Landwirt in weiten Gebieten müssen gewillt und in der Lage sein, ihre Produkte für eine Währung in Tausch zu geben, deren fester Wert außer Zweifel steht. Abgesehen von der demoralisierenden Wirkung auf die ganze Welt und von der Möglichkeit, daß aus der Verzweiflung der betroffenen Völker sich Unruheherde ergeben könnten, dürfte es auch offensichtlich sein, welche Folgen dieser Zustand auf die Wirtschaft der Vereinigten Staaten haben muß.

Es ist nur logisch, daß die Vereinigten Staaten alles tun, was in ihrer Macht steht, um die Wiederherstellung gesunder wirtschaftlicher Verhältnisse in der Welt zu fördern, ohne die es keine politische Stabilität und keinen sicheren Frieden geben kann. Unsere Politik richtet sich nicht gegen irgendein Land oder irgendeine Doktrin, sondern gegen Hunger, Armut, Verzweiflung und Chaos. Ihr Zweck ist die Wiederbelebung einer funktionierenden Weltwirtschaft, damit die Entstehung politischer

und sozialer Bedingungen ermöglicht wird, unter denen freie Institutionen existieren können. Ich bin überzeugt, daß eine solche Unterstützung nicht nach und nach entsprechend der jeweiligen Entwicklung von Krisen geleistet werden darf. Wenn die Regierung der Vereinigten Staaten in Zukunft Hilfsleistungen gewährt, so sollten diese eine Heilungskur und nicht nur ein Linderungsmittel darstellen. Jeder Regierung, die bereit ist, beim Wiederaufbau zu helfen, wird die volle Unterstützung der Regierung der Vereinigten Staaten gewährt werden, dessen bin ich sicher. Aber eine Regierung, die durch Machenschaften versucht, die Gesundung der anderen Länder zu hemmen, kann von uns keine Hilfe erwarten. Darüber hinaus werden alle Regierungen, politischen Parteien oder Gruppen, die es darauf abgesehen haben, das menschliche Elend zu einem Dauerzustand zu machen, um in politischer oder anderer Hinsicht Nutzen daraus zu ziehen, auf den Widerstand der Vereinigten Staaten stoßen.

Eines ist schon jetzt klar: bevor die Vereinigten Staaten ihre Bemühungen zur Besserung der Lage fortsetzen und zum Gesundungsprozeß der europäischen Welt beitragen können, müssen die Länder Europas untereinander zu einer Einigung darüber kommen, was die gegenwärtige Lage am dringendsten erfordert und inwieweit die Länder Europas selbst dazu beitragen können, eine volle Auswertung der Maßnahmen unserer Regierung zu erzielen.

Es wäre weder angebracht noch zweckmäßig, wenn die Regierung der Vereinigten Staaten von sich aus ein Programm entwerfen würde, um die wirtschaftliche Wiederaufrichtung Europas durchzuführen. Das ist Sache der Europäer selbst. Die Initiative muß von Europa ausgehen, meine ich. Unsere Rolle sollte darin bestehen, den Entwurf eines europäischen Programms freundschaftlich zu fördern und später dieses Programm zu unterstützen, soweit das für uns praktisch ist. Es sollte ein gemeinsames Programm entworfen werden, hinter dem, wenn nicht alle, so doch eine Anzahl von europäischen Nationen stehen.

Wesentlich für den Erfolg einer Maßnahme seitens der Vereinigten Staaten ist das Verständnis des amerikanischen Volkes für die Natur des Problems selbst und der anzuwendenden Heilmittel. Politische Leidenschaften und Vorurteile müssen ganz ausgeschaltet werden. Mit der nötigen Voraussicht und Bereitwilligkeit seitens unseres Volkes, die ungeheure Verantwortung auf sich zu nehmen, die die Geschichte unserem Lande auferlegt hat, können und sollen die geschilderten Schwierigkeiten gemeistert werden.